



medico international

# rund- schreiben 02/15

Nepal: Selbsthilfe nach dem Beben  
Mittelmeer: Seenotrettung reicht nicht  
Resilienz-Debatte: Fit fürs Chaos?

KOMMENTAR 4  
MIGRATION: MALI UND MITTELMEER 8  
SYRIEN 18  
PROJEKTE – PROJEKTIONEN 20  
NEPAL 22  
ISRAEL/PALÄSTINA 28  
GUATEMALA 32  
STIFTUNGSSYMPOSIUM 34  
MEDICO AKTIV 42  
MEDICO MATERIALLISTE 44  
SERVICE/IMPRESSUM 46

# Liebe Leserinnen und Leser,

heute ist Redaktionsschluss, morgen ist der 20. Juni, Weltflüchtlingstag. Während wir an diesem Heft arbeiteten, stand das Thema Flucht im Mittelpunkt unserer Arbeit. Aber nicht, weil es diesen 20. Juni gibt, der viele Jahre unbemerkt verstrich, aber nun ein großes mediales Thema ist. Wir haben den Schwerpunkt Migration nicht wegen eines Tages gewählt, sondern weil unsere jahrelange Kooperation mit Partnerinnen und Partnern im Süden, aber auch mit Solidaritätsnetzwerken in Deutschland das Thema nahelegte.

Wie immer werden in der Migrationsfrage große Zahlen bewegt, die geeignet sind Ängste zu schüren. Diese Ängste sind oft die Grundlage der Legitimierung einer menschenverachtenden Politik gegen Flüchtlinge und Migranten. Aber es hat sich etwas verändert, auch in Deutschland. Trotz der geschürten Ängste hat sich Empathie und Mitleid bei vielen Menschen entwickelt. In unserem Gespräch mit Hagen Kopp, der mit vielen anderen das Alarmtelefon betreibt und „Watch the Med“ mitgegründet

hat, und der medico-Projekt Koordinatorin für Migration Sabine Eckart wird deutlich, was sich verändert hat. Einer starken Zivilgesellschaft, den Migrantinnen und Migranten, die sich nicht abschrecken lassen, und vielen Journalisten, die die „Schande Europas“ im Mittelmeer nicht mehr kritiklos publizistisch begleiten, ist es gelungen, das europäische Grenzregime zu durchlöchern. Das ist eine gute Nachricht.

Das „globale Migrationspendel“ schlage zurück, schreibt der Münchner Soziologe Stephan Lessenich kürzlich in der *Le Monde Diplomatique*. Er bezieht sich darauf, dass die europäische Auswanderung in den Jahrhunderten zuvor und die Ausbeutung der Kolonien den Ursprung des nördlichen kapitalistischen Reichtums begründet. Heute, so Lessenich, haben wir eine Weltungleichheitsskala nach der alle Einkommensgruppen in den europäischen Ländern zu den reichsten 20 Prozent gehören, während große Teile des südlichen Afrikas zu den ärmsten 10 Prozent zählen. Die Demokratie- und Wohlfahrtsstaat-Geschichte in Europa habe eine unerzählte Parallelgeschichte der „sozialen Ungleichheit, politischen Autokratie und ökologischen Ausbeutung in den Ländern des globalen Südens, die damit dauerhaft in ihren Entwicklungschancen behindert wurden“. In diesen zwei Welten herrschen eigene stabile Strukturen der Ungleichheit. Man kann also die Schande Europas im Mittelmeer, gegen die es nun so vielfältigen Widerstand gibt, nicht bekämpfen, ohne sich dieser grundlegenden Frage bewusst zu sein. Es gelte, so der Soziologe, die extremen globalen Ungleichheiten abzubauen, „durch eine Kombination von Wachstumsverzicht der reichsten Gesellschaften und einer egalitären Wachstumsstrategie für die ärmsten“. Umverteilungspolitik im Süden wie im Norden müsste ineinandergreifen. Überlegungen, die hier im Rundschreiben immer wieder vorgetragen werden.

Doch wir sind von diesem Szenario noch weit entfernt. Und die unnachgiebige Haltung der EU gegenüber der griechischen Regierung zeigt, wie sehr man schon einen Dammbbruch fürchtet, würde das weitere Wachstum der Ungleichheit ausgesetzt werden. Aber wer hätte gedacht, dass es gelingt das europäische Grenzregime in die Ecke zu treiben, und dass Gemeinden in Deutschland sogar mit zivilem Ungehorsam die Flüchtlinge, die bei ihnen leben, vor der Abschiebung retten? Ein Grund also, grundlegende Veränderungen, die allen Menschen das Recht auf Rechte gewähren, weiterhin für möglich zu halten – und die Chancen dafür in konkreten Konflikten auszuweiten.

Herzlichst Ihre




Früher waren es die vielen Götter, der Drachen oder der eine Gott. Heute wissen wir, dass die Kontinentaldrift die Erde erzittern lässt. Erdbeben gelten als die tödlichste Katastrophe in der Geschichte Nepals.

# Paradox der Resi- lienz

Individuum

Gefahren

Schutzmechanismen

Risikoabwehr

Unverständnis

AUFBEZEHREN  
ALTERNATIVLOSIGKEIT  
SELBSTOPTIMIERUNG

Wissenschaft

Zukunft

# Aktuelle Konzepte zur Krisenbewältigung stabilisieren genau jene Verhältnisse, die Krisen hervorrufen

Von Thomas Gebauer

Mit Blick auf die vielen Krisen, die in der Welt herrschen, hätte Politik heute eigentlich nur noch eine Chance: „Auf Sicht fahren“, nannte Angela Merkel das vor ein paar Jahren. So schlicht ein solches Regierungsprogramm anmutet, so weitreichend sind seine Konsequenzen. Denn wenn Politik nicht mehr über ein Stochern im Nebel hinauskommt und sich nur noch von Krise zu Krise hangelt, verweist das nicht nur auf eine Art politischer Selbstaufgabe. Es bereitet auch den Boden für Verunsicherungen von dramatischem Ausmaß. Lässt sich all den Gefahren und Risiken, die in der Zukunft drohen, überhaupt noch etwas entgegensetzen? Ist die nächste Krise nicht unumgänglich? Und wenn, wer soll sich um die notwendigen Vorkehrungen kümmern, wenn Regierungen dazu nicht mehr imstande sind?

Es sind solche Fragen, die in den letzten Jahren die Attraktivität eines Konzeptes befördert haben, das mit dem schillernden Namen „Resilienz“ daherkommt. Die Idee, die damit verbunden ist, klingt einfach: Es geht um die Fähigkeit von Menschen und Systemen, Störungen von außen zu überstehen. Vielen gilt Resilienz heute als *die* Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit, als Allheilmittel für alle Gefahren, denen Menschen ausgesetzt sein können. Resilienz ist Thema in der Erziehungsberatung und der Traumabehandlung, in den einschlägigen Ratgeberspalten der *Yellow Press*, aber auch in der Frage des Aufbaus von Gesundheitsdiens-

ten in Westafrika, in den Trainingskursen für Führungskräfte, beim Schutz vor Burnout, vor dem Klimawandel und kriegerischer Gewalt, in der Katastrophenvorsorge, der Ökonomie und selbst in der Sicherheitspolitik.

## Die Entpolitisierung des Begriffs

Ursprünglich stammt der Begriff Resilienz aus der Physik, genauer aus der Stoffkunde, und beschreibt die Fähigkeit eines Werkstoffs, auf Störungen, die von außen auf ihn einwirken, unbeschadet reagieren zu können. Das lateinische „resilire“ meint übersetzt „abprallen, zurückfedern“. Angesichts von Zukunftserwartungen, die von Chaos- und Bedrohungsszenarien geprägt sind, ist es gewiss vernünftig, Vorkehrungen zu treffen. Selbstverständlich spricht nichts dagegen, die Widerstandskraft von Menschen zu stärken. Und natürlich ist es notwendig, Menschen in ihrem Bemühen zur Seite zu stehen, sich vor Katastrophen besser zu schützen. Absurd aber wird es, wenn das Bemühen um Resilienz zur Rechtfertigung herhalten muss, um nichts mehr gegen die Ursachen von Krisen tun zu müssen. Genau das aber ist zunehmend der Fall. Die Idee der Resilienz, die in den Umwelt- und Sozialwissenschaften anfangs durchaus sinnvolle Beiträge geleistet hat, ist in den letzten Jahren mehr und mehr von jener Politik der Entpolitisierung vereinnahmt worden, die – indem sie „auf Sicht

fährt“ – gar nicht mehr den Anspruch erhebt, Alternativen zur herrschenden Krisendynamik zu denken. Matthias Horx, einer der Apologeten der neoliberalen Umgestaltung, hat das offen bekannt: „Resilienz wird in den nächsten Jahren den schönen Begriff der Nachhaltigkeit ablösen. Hinter der Nachhaltigkeit steckt eine alte Harmonie-Illusion, doch lebendige, evolutionäre Systeme bewegen sich immer an den Grenzlínen des Chaos.“

Von der Krisenbewältigung zum Krisenmanagement, von einer auf Veränderung drängenden Politik zum „Fahren auf Sicht“? Was Horx als „Harmonie-Illusion“ verunglimpft, ist die normative Dimension, die in der Idee der Nachhaltigkeit steckt. Nachhaltigkeit, wie auch immer verstanden, impliziert Wertvorstellungen, an denen sich politische, ökonomische und technologische Entscheidungen ausrichten sollen. Vor allem in der Idee der nachhaltigen Entwicklung geht es um Vorstellungen, durch aktive Gestaltung der Verhältnisse menschenwürdige Lebensumstände zu schaffen und Gefahren zu minimieren. Ein solches normatives Konzept fehlt der Idee der Resilienz: Ihm geht es nicht mehr um gesellschaftliche Ideale, sondern um die Frage, wie sich Menschen und Systeme gegen Störungen, sprich: eine aus den Fugen geratene Welt, schützen können. Ihre Klammer ist nicht mehr das Bemühen um eine Korrektur ausbeuterischer und gewaltsamer Verhältnisse, sondern die Anpassung an einen offenbar unaufhaltsam, weil alternativlos, voranschreitenden Zerstörungsprozess.

#### Vorkehrungen für kommende Krisen

Die Frage aber ist, ob das so sein muss; ob die viel beschworene Alternativlosigkeit, die inzwischen fast schon metaphysische Dimensionen angenommen hat, tatsächlich so alternativlos ist? Gerade der inflationäre Bezug auf Resilienz

lässt erahnen, dass es nicht um die Stärkung von Widerstandskraft geht, sondern dass ganz andere Interessen im Spiel sind, legitimatorische und kommerzielle.

Denn wenn Resilienz eine Eigenschaft von Menschen bzw. Systemen ist, über die im Prinzip alle verfügen, die vielleicht nur ein wenig Training bzw. technische Verbesserung verlangt, dann können sich die Regierenden auch mehr und mehr ihrer gesellschaftspolitischen Schutzverpflichtung entziehen. Unter solchen Umständen kann sich ein komplett neues Staatsverständnis breitmachen. Eines, das die Verantwortung für die Bewältigung von Armut, die Folgen des Klimawandels, der grassierenden Gewalt an Subsysteme wie Familien, Kommunen, Nachbarschaften, Unternehmen und schließlich an jeden und jede einzelne abwälzt. Und so sind heute alle damit befasst, Vorkehrungen für kommende Krisen zu treffen: die Bewohner küstennaher Dörfer in Bangladesch, die auf Anregung von Entwicklungsexperten von der Hühner- auf die Entenzucht umstellen; Topmanager von Versicherungsgesellschaften, Banken und Fluglinien, die auf Tagungen über „Anreize für resilientes Investment“ nachdenken; die Weltgesundheitsorganisation, die sich für den Aufbau „resilienter Gesundheitssysteme“ stark macht, da sich die sozialen und politischen Umstände angeblich nicht verändern lassen; die US-Armee, die im Rahmen eines „Comprehensive Soldier Fitness“-Programms den resilienten Soldaten schaffen will, an dem alles abprallt, was die Kampfkraft mindern könnte; aber auch israelische Grundschüler, die anhand simulierter Terroranschläge üben, wie Angst durch Atemübungen und positive Gedanken bekämpft werden kann.

Aus dem herrschenden Diskurs ist Resilienz heute nicht mehr wegzudenken. Wissenschaftler erhöhen ihre Chance, Drittmittel zu ergattern, wenn es um Resilienz geht; Ent-

wicklungsexperten, die mit Blick auf die prekären Verhältnisse in der Welt nicht allzu viele Erfolge vorzuweisen haben, freuen sich, eine neue Strategie gefunden zu haben; und einschlägige Unternehmen rechnen sich bereits Chancen für neue Geschäfte aus.

### Risiken managen statt minimieren

Ein Beispiel: Eine von der staatlichen deutschen Entwicklungszusammenarbeit getragene „Globale Initiative Katastrophenrisikomanagement“ (GIKRM) fördert Netzwerke, in denen sich „Akteure aus Politik, Privatwirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenschließen, um maßgeschneiderte Lösungen im Bereich des Katastrophenrisikomanagement zu entwickeln“. Bemerkenswert ist, dass im Namen der Initiative nicht mehr von Risikominderung, sondern von Risikomanagement die Rede ist. Entsprechend geht es in den Projekten nicht mehr um Alternativen zu den sklavenhaften Arbeitsbedingungen von Näherinnen in den Weltmarktfabriken der internationalen Textilbranche, sondern um die Ausrüstung der Fabrikgebäude mit Brandschutzmeldern. Nicht mehr das Engagement gegen die wachsende soziale Ungleichheit steht im Vordergrund, sondern – in Kooperation mit der Tourismusbranche – die Schaffung von resilienten Hotels für Touristen. Ganz offen spricht die deutsche Initiative von der Chance, für Technologien „made in and with Germany“ den Markt zu öffnen. Die „resilience dividend“ bekommt so einen tieferen Sinn.

Und so entpuppt sich Resilienz als eine Art Knotenpunkt von deregulierter Ökonomie, neoliberal zugerichteter Subjektivität und einer Staatlichkeit, die nur noch den Status quo, und sei er noch so ungerecht, sichern will. Wenn sich alle „fit für die Katastrophe“ machen, wird die Idee einer Welt obsolet, in der die Verwirklichung und

der Schutz der Menschenrechte eine öffentliche Aufgabe ist. Resilienz macht es möglich, dass sich der herrschende Zerstörungsprozess noch in Zeiten größter Gefahr und Not als „Business as usual“ fortsetzen kann. Und eben darin steckt das Paradox heutiger Resilienz-Konzepte: Sie stabilisieren genau jene Verhältnisse, an deren prekärem Zustand sich das Bedürfnis nach Resilienz entzündet. Es ist ein höchst eigentümlicher Widerstandsbegriff, der in diesen Konzepten aufscheint – einer, den sich die herrschenden Verhältnisse zunutze machen, um sich selbst abzusichern. Einem solchen Widerstandsbegriff sollten wir widerstehen.



# Zurück auf

Die Flucht vor dem Reichtu  
junge Generation Mali verl



Die Dörfer der Auswanderer. In der Goldregion Kayes träumen bereits die Jüngsten von einem Leben in der Ferne.



# Los

m: Warum eine  
ässt



## Migration aus Westafrika: Junge Malier auf der Suche nach einem besseren Leben. Eine Reportage von Susanne U. Schultz

Nicht selten sind auch Malier unter den Toten, wenn ein Flüchtlingsschiff auf dem Mittelmeer sinkt. Etwa auf jenem, das am 28. Juli 2014 zwischen der Insel Lampedusa und Libyen unterging. Das Besondere an diesem Unglück war – und das beunruhigte sogar die malische Regierung –, dass 69 der 87 schiffbrüchigen Malier aus dem Kreis Bafoulabé in der westmalischen Region Kayes stammten. Die jungen Männer, fast alle zwischen 15 und 35 Jahren, waren gemeinsam aus ein paar nebeneinander liegenden Dörfern aufgebrochen. Perspektivlosigkeit in Mali und die Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa hatten sie in die Migration getrieben. Mit ihnen starb diese Hoffnung auch für viele zurückgebliebene Familien in Kayes. Zivilgesellschaftliche Organisationen, allen voran die medico-Partnerorganisation AME gemeinsam mit dem lokalen EMDK (Espace Migration Developpement de Kayes), wurden daraufhin vor Ort aktiv: Sie statteten den betroffenen Familien in Bafoulabé Kondolenzbesuche ab und organisierten Workshops in der Region Kayes, um mehr über die Probleme der Menschen dort zu erfahren und Lösungsansätze zu entwickeln.

Bei meinem Besuch in Kayes, vier Monate nach dem Schiffsunglück, höre ich oft, Kayes sei schon immer „die Region der Migration in Mali“ gewesen. Sie ist nicht nur von malischen Auswanderern, Abgeschobenen und Rückkehrern geprägt, sondern ist in den letzten Jahren auch verstärkt zu einem Drehkreuz und Zuwanderungsort für Menschen aus anderen Ländern geworden, von denen viele in den vier Goldmi-

nen der Region tätig sind. Madiba Siby von der AMRK (Association des Migrants de Retour de Kayes), einer Organisation, die ebenfalls mit der AME kooperiert, erklärt: „Achtzig Prozent des malischen Goldes kommt von hier, aber die Leute gehen trotzdem weg. Die ausländischen Firmen, die hier den Goldabbau betreiben, beschäftigen lieber Nigerianer, Ghanaer oder Togolesen.“ Da ihnen der Zugang zum industriellen Goldabbau verschlossen ist und sie auch sonst keine Einkommensmöglichkeit haben, sehen viele junge Malier im Moment nur eine Alternative zur Auswanderung: der informelle Goldbergbau. Im südlichen Teil der Region Kayes sind in den letzten fünfzehn bis zwanzig Jahren zahlreiche Goldgräberdörfer und -städte entstanden. Wie Magnete ziehen sie junge Männer an. Die körperliche Arbeit im Goldabbau ist hart und beeinträchtigt Gesundheit und Umwelt. Die Goldsucher steigen in tiefe Schächte hinab und filtern mit Hilfe von toxischen Chemikalien die herauf geholte Erde. Nicht selten fordert die informelle Goldsuche Menschenleben.

### Das Dorf der Auswanderer

In Marená, einem kleinen Dorf rund sechzig Kilometer von Kayes-Stadt entfernt, sind etwa dreißig Prozent der Bevölkerung irgendwo im Ausland. Der Einfluss der Diaspora ist allgegenwärtig. Überall ragen leuchtend bunt bemalte Betonhäuser über die einfachen Lehmbauten und Strohütten hinaus. Madiba hatte auf dem Weg ins Dorf bereits angekündigt: „Hier siehst

Du, wie die Migration Neid produziert. Die jungen Leute denken: Der Nachbar hat es geschafft, der ist nach Frankreich gegangen und kann sich jetzt was leisten. Das will ich auch.“

Der Bürgermeister von Marená, selbst ein freiwilliger Frankreich-Rückkehrer, berichtet, dass es heute eher mehr Auswandernde gebe als noch vor einigen Jahren, und beklagt: „Europa ist mörderisch geworden und unsere Politiker tun nichts. Die Menschen sterben, unsere Jungen und Mädchen ertrinken im Mittelmeer!“ Man müsse vor Ort investieren, betont er und verweist stolz auf das Gesundheitszentrum, die Schule und die neue Moschee, die mit Unterstützung der malischen Diaspora geschaffen worden seien. Von den jungen Männern, mit denen wir danach in einer kleinen Werkstatt in der Dorfmitte sprechen, hören wir nichts mehr vom positiven Einfluss der Diaspora auf Marená. Vier der Anwesenden waren vor einigen Monaten auf dem Weg nach Italien in Libyen festgehalten worden. Jetzt sind sie unfreiwillig wieder in ihrem Dorf. Drei von ihnen waren gemeinsam mit 160 anderen auf einem Boot, das auf dem offenen Meer kurz vor Lampedusa auseinanderbrach. Knapp vor dem Untergang wurden die Insassen von der libyschen Küstenwache eingesammelt und zurück nach Libyen gebracht: „Wir waren da in einem Camp, drei Tage ohne Essen und Trinken. Dann hat uns der Schmuggler zurück nach Tripolis gebracht“, berichtet einer von ihnen. „Dort entschieden wir, zurück nach Marená zu gehen.“ Bei dem gemeinsamen Aufbruch der insgesamt zehn jungen Männer in Richtung Europa sei das ganze Dorf dabei gewesen. Ganz ähnlich muss es in Bafoulabé gewesen sein, wo es sogar 69 waren.

Nun sind sie zurück. Die meisten wollen erst einmal bleiben und ihren Familien bei der Ernte helfen. Viele wollen dann aber auf jeden Fall wieder in die Ferne, auch wenn es ihnen lieber wäre, bei ihren Familien zu sein. Bis sie die fi-

nanziellen Mittel für die Ausreise zusammen haben, wird es allerdings dauern. „Meine Familie und ich haben alles verkauft, um meine Ausreise zu finanzieren. Jetzt, nachdem ich zurück bin, haben wir nichts mehr“, erklärt ein großer, zurückhaltender und doch bestimmter junger Mann. Er würde gerne arbeiten, als Gartenbauer, wie vor seiner Abreise, doch er hat kein Geld für eine Bewässerungspumpe. Nach der Rückkehr ist alles noch schlimmer als vorher. Eine Ausreise ist teuer, es müssen Schmuggler und Vehikel bezahlt werden. Oft dauert es Wochen und Monate, bis jemand sein Ziel erreicht. Auch aus der Aufarbeitung des Schiffsunglücks in Bafoulabé wird klar: Keines der Opfer gehörte zum ärmsten Teil der Bevölkerung. Zum Schiffsunglück von Bafoulabé und den vielen Toten im Mittelmeer sagen die Männer einstimmig: „Solche Tragödien gehören zum Leben. Wenn man sich entschieden hat loszuziehen, kann es auch sein, dass man stirbt. Aber das macht uns keine Angst.“ Madiba weiß aus Erfahrung: „Eine längere Rückkehr von Abgeschobenen und unfreiwillig Zurückgekehrten gibt es tatsächlich selten. Die meisten gehen nach einer Weile wieder los.“ Gefangen in einem ausweglosen Kreislauf von hoffnungsfrohem Aufbruch und enttäuschter Rückkehr nehmen sie den Kampf mit dem europäischen Grenzregime immer wieder auf.

## Die Verantwortung der Regierung

Abgesehen von einem verklärten Bild von Europa, das Malier aus der Diaspora vermitteln, wenn sie ihren relativen Reichtum zur Schau stellen, ist es vor allem auch die konkrete Einwirkung der Zielländer vor Ort, die die Menschen in die Migration treibt. Etwa wenn internationale Firmen die Ressourcen in Kayes ausbeuten, ohne dass die lokale Bevölkerung profitiert. Solange sich daran nichts ändert, wird es auch weiterhin kollektiv organisierte Ausreisen und spätere Schiffsunglücke im Mittelmeer geben.

Im Fall von Bafoulabé ist eindrucksvoll zu sehen, wie die Zivilgesellschaft auf den dramatischen Vorfall reagiert hat. Mohammed A. Niang von der EMDK erklärt: „Unsere Arbeit ist noch nicht zu Ende. Wir sind dabei, aus den in den Workshops erarbeiteten Empfehlungen einen Aktionsplan zu entwickeln und einen Forderungskatalog an die Entscheidungsträger in der malischen Politik zu formulieren. Die Ausbildungs- und Einkommensmöglichkeiten für Malier müssen verbessert werden, aber auch der konkrete Schutz der Menschen und ihrer Rechte.“ Und sein Mitstreiter Ibrahim Sarr meint:

„Auch der Staat hat Verantwortung an dem Unglück. Er ist gefordert, Migrationswillige zu informieren und ihnen Schutz und Orientierung zu bieten.“ Zudem sollten rückkehrende Migranten unterstützt und ihre Bedeutung für Mali wertgeschätzt werden. Denn eins ist klar: Man wird die Migration nicht stoppen, aber man kann die Risiken der Migration mindern und die Lebensbedingungen derer verbessern, die bleiben wollen.

*Susanne U. Schultz ist Sozial- und Kulturwissenschaftlerin und arbeitete u.a. bei der Internationalen Organisation für Migration (IOM).*



Foto: Reuters

Besonders in Afrika ist Migration ein Indikator für die soziale Ungleichheit der Globalisierung. Die medico-Partner in der Region halten niemanden auf, versuchen aber auf die Gefahren einer solchen Reise hinzuweisen und kümmern sich um all jene, die zurückgeschickt wurden. In Mali versorgt die Selbsthilfeorganisation der Ausgewiesenen AME die malischen Abgeschobenen des europäischen Migrationsregimes. Weil Bamako auch das Drehkreuz der zentralafrikanischen Migration ist, kümmert sich die ARACEM, ebenfalls eine Assoziation von Abgeschobenen, um die nicht malischen Abgeschobenen im Land. Der medico-Partner Amadou M'Bow von der Vereinigung für Menschenrechte [AMDH] in Mauretanien kritisierte jüngst im West Africa Democracy Radio die afrikanischen Führer als Hauptverantwortliche für die Flüchtlingskrisen.

Illegales Goldwaschen für einen Hungerlohn in Mali.

Spendenstichwort: Migration



Ousmane Diarra leitet seit 1996 in Bamako die Selbstorganisation von abgeschobenen Migranten AME. Er gilt als wichtige Stimme der malischen Zivilgesellschaft.

## EUROPAS WERK UND AFRIKAS BEITRAG

**Ousmane Diarra von der medico-Partnerorganisation AME in Mali über die Migrationspolitik der EU**

Die EU hat mit einer neuen Migrationsagenda auf das anhaltende Sterben im Mittelmeer reagiert, in der sie „Schmugglern“ und „Menschenhändlern“ den Kampf ansagt und Flüchtlingsboote zerstören will. Viele Schlepper setzten die Menschen unnötigen Risiken aus. Das müssen wir kritisieren. Aber nachdem ich viele Gespräche mit Flüchtlingen geführt habe, bin ich zu dem Schluss gekommen, dass es ohne sie nicht geht. Die Menschen sterben nicht wegen der Schlepper oder der Boote. Die Toten werden durch Frontex und die EU-Grenzpolitik verursacht. Die Zerstörung der Boote wird die Flucht nicht unterbinden.

Die EU hat auch angekündigt, in Niger ein Beratungszentrum für Migrationswillige einzurichten. Dabei wurde das „Zentrum für Information und Management von Migration“ in Mali im Herbst 2014 nach sieben Jahren wieder geschlossen. Es war der malischen Regierung unterstellt und wurde von der Europäischen Kommission finanziert. Seine Aufgabe blieb völlig unklar und Migranten mieden den Kontakt. So wird es auch in Niger sein. Wer sagt denn, dass dieses sogenannte „Beratungszentrum“ nicht die Namen und Fingerabdrücke von Migrationswilligen direkt an das Schengener Informationssystem meldet und sie so an der Migration hindert? Ob sie Chancen haben, in Europa Asyl zu bekommen, interessiert die meisten Migranten nicht. Die wollen einfach nur raus und in Europa einen Job finden – wenn sie die Reise überleben.

Auch wenn die neue EU-Agenda den Menschen in der Migration mehr Schaden wird als Nutzen, waren die europäischen Staatshäupter immerhin in der Lage, sich zu treffen und über Maßnahmen zum Schutz von Flüchtlingen zu sprechen. In Afrika herrscht Schweigen. Dabei treibt die miserable und unverantwortliche Regierungsführung in vielen afrikanischen Ländern die Menschen in die Migration. Die jungen Leute in Mali sehen für sich keine Perspektive im Land und die Regierung tut nichts dafür, dass sie eine Ausbildung machen können und Arbeit finden. Solange sich an dieser Situation nichts ändert, werden sie weiter in Richtung Europa aufbrechen. Egal, was die EU beschließt.

# Frontex steht mit dem Rücken zur Wand

Seit Mai 2015 wird gerettet. Das EU-Grenzregime befindet sich in der Defensive. Warum das so ist beschreiben Hagen Kopp und Sabine Eckart

**Die Politik scheint auf die zunehmende Sichtbarkeit des massenhaften Sterbens von Flüchtlingen im Mittelmeer zu reagieren. Aktuell beteiligt sich sogar die Bundeswehr an der Rettung von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer. Hat sich das Klima gewandelt?**

HAGEN KOPP: Die aktuelle Situation ist ein Erfolg. Vor wenigen Monaten wurde Mare Nostrum abgeschafft. Die Politik hat auf Frontex mit der Operation Triton fokussiert. Außerhalb einer 30-Meilen-Zone sollten die Flüchtlinge sich selbst überlassen bleiben – und allein im April 2015 gab es mehrere Hundert Tote. Heute steht Frontex mit dem Rücken zur Wand. Es kommen so viele Menschen wie noch nie über das Zentralmittelmeer und die Ägäis nach Europa. Ganz verschiedene Akteure retten ganz nah an der libyschen Küste. Darunter sind zivile Akteure wie die MOAS, das Schiff eines maltesischen Millionärsehopaars, Ärzte ohne Grenzen hat ein eigenes Boot geschickt und jetzt kommt auch noch die Seawatch, das kleine Boot aus Brandenburg. Seit dem 8. Mai ist nun auch die Bundeswehr im Einsatz, obwohl die Bundesregierung noch im April gesagt hat, dass sie nichts ändern wolle. Das ist dem enormen öffentlichen Druck geschuldet. „Die Schande Europas“, das

Sterben an den europäischen Küsten, ist für keine politische Partei mehr hinnehmbar und deshalb wird jetzt gerettet.

**Ist der 10-Punkte-Plan der EU also ausgesetzt?**

KOPP: Nur in einem der Punkte geht es um Rettung, in den anderen um Kriminalisierung, Repression und Militarisierung. Parallel zum Retten sitzt die EU an konkreten Planungen von Militärschlägen in Libyen, um die sogenannten Schlepperstrukturen zu zerstören. Das wäre absoluter Wahnsinn. Aber es ist ernst gemeint, die Planungen sind überaus konkret. Die Militärschiffe, die jetzt retten, sind also in einer Doppelfunktion dort, neben der Rettung könnten sie bei einem Nato-Militäreinsatz Überwachungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen.

**Wie nehmen die politischen Akteure der Migration im Süden die Haltung der EU wahr?**

SABINE ECKART: Unsere malischen Partner etwa stehen im Kontakt mit transnationalen Netzwerken und den Migrant\*innen an den nordafrikanischen Küsten. Die Militarisierung der Abschottung ist in den vergangenen 20 Jahren ein Dauerthema. Die Folge dieser Abschottung ist, dass sich die Migrations- und Fluchtrouten



Sabine Eckart ist bei medico international Projektkoordinatorin für den Bereich Migration und zugleich für die Region Westafrika zuständig.



Hagen Kopp ist Sprecher der Flüchtlingsinitiative „Lampedusa in Hanau“. Er hat das von medico unterstützte transnationale Projekt „Watch the Med“ mit entwickelt und war an der Etablierung eines selbstorganisierten Alarmtelefons für Flüchtlinge in Seenot beteiligt.

verschieben, die Wege immer gefährlicher werden und die Menschen höhere Risiken auf sich nehmen müssen. Dadurch wurde das Schlepperwesen, das medial im Mittelpunkt steht, erst alimentiert. Mehr Risiken bedeuten mehr Tote und sind Ergebnis einer Aufrüstung der Abschottung. Unsere Partner nehmen das als Krieg gegen Migranten und Flüchtlinge wahr.

### **Dieser Krieg scheint ausgesetzt und fast alle werden gerettet, oder?**

KOPP: Wie viele sind fast? An dem Rekordrettungstag am 29. Mai wurden 4.234 Flüchtlinge in 25 Einsätzen gerettet. Trotzdem sind unseres Wissens nach 17 Flüchtlinge ums Leben gekommen. 17 zuviel. Deshalb haben wir vom Alarmtelefon den alternativen 10-Punkte-Plan „Fähren statt Frontex“ entworfen.

### **Seit wann gibt es das Alarmtelefon?**

KOPP: Wir betreiben das Telefon seit Oktober 2014 zusätzlich Watch-the-Med-Monitoring. Dadurch können wir in Echtzeit agieren, wenn Menschen in Seenot geraten. Wir sind quasi ein selbstorganisiertes Callcenter mit rund 100 Ehrenamtlichen aus verschiedenen Ländern. Wir bekommen täglich Anrufe von allen drei Flucht-

routen über das Meer. Unsere Nummer ist in den migrantischen Communities verbreitet. Empfangen wir Notrufe, geben wir die GPS-Daten an die zentrale Leitstelle, das Maritim Rescue Coordination Centre, in Rom weiter und schauen, ob Handelsschiffe in der Nähe sind.

### **Gibt es über die Rettung hinaus Perspektiven der Zusammenarbeit, um die Verhältnisse anzugehen, die Menschen zur Flucht zwingen?**

KOPP: Rettung allein genügt nicht. Trotz der Operation Mare Nostrum sind letztes Jahr über 3.500 Menschen im Mittelmeer gestorben. Alle könnten leben, wenn es legale Zugangswege gäbe. Unsere Forderung nach der Einrichtung von Fähren für die Flüchtlinge zielt politisch genau darauf. Es geht darum, das herrschende Visumsregime zu brechen. Schnell möglich wäre die Vergabe von humanitären Visa für diejenigen, die hier ohnehin eine hohe Anerkennungsquote hätten. Alle wissen, dass der Diskurs über die Schlepper völlig verlogen ist. Denn sobald es die Fähren gäbe, wäre das Schleppergeschäft erledigt.

### **Was aber ist mit Flüchtlingen, die wegen anderer struktureller Ursachen fliehen müssen?**

KOPP: Die EU und die europäischen Regierungen versuchen diese Flüchtlinge gegen Kriegsflüchtlinge auszuspielen. Das ist heuchlerisch, denn die EU gehört zu den großen Verursachern struktureller Fluchtgründe. Rettung und sichere Wege müssen für alle gelten, unabhängig von den Ursachen der Flucht.

ECKART: Wir müssen auch die Rolle der Regierungen an der Südküste des Mittelmeers betrachten, die ein aktiver Teil des europäischen Grenzregimes sind. Wenn sie davon sprechen,

„Die Hartnäckigkeit der Migrationsbewegung setzt die Bewegungsfreiheit durch.“

dass sie Flüchtlinge gerettet haben, dann bedeutet das allzu häufig, dass sie Flüchtlinge unter Waffengewalt daran gehindert haben, nach Europa überzusetzen. Hiergegen müssen wir die Kräfte in den Ländern unterstützen, die ihre Regierung zu einer Änderung der Flüchtlingspolitik bewegen können. In vielen Ländern gibt es zum Beispiel die Selbstorganisation der Angehörigen von Verschwundenen, die sich mittlerweile viel Gehör verschaffen. Auf dem Weltsozialforum dieses Jahr in Tunesien gab es die Überlegung, eine Angehörigen-Karawane, wie medico sie in Mexiko unterstützt, durchzuführen. Zum Beispiel von Nordafrika nach Italien. Es muss ein Recht zu gehen geben, aber auch ein Recht zu bleiben. Dazu gehört, dass die EU-Politik sich so ändern muss, dass die Menschen eine freie Wahl haben zu bleiben.

### **Liegen die gegenwärtigen Erfolge nicht auch daran, dass der Migrationsdruck nicht nachgelassen hat?**

KOPP: Die Hartnäckigkeit der Migrationsbewegung setzt die Bewegungsfreiheit durch. Die Migranten führen den Kampf selbst, auch indem sie die Risiken eingehen. Gestern sind 800

gestorben, heute setzen sich 5.000 Menschen wieder in die Boote. Das bringt das Grenzregime ins Wanken. Hinzu kommt, dass es seit dem verheerenden Unglück vor Lampedusa 2013 ein anhaltend großes Interesse der Journalisten gibt. Ob Frontex, Triton, der EU-Plan – alle werden von den Medien zerrissen.

ECKART: Der stärkste Motor ist einfach die nackte Not. Die Menschen haben keine Alternative. Sie sitzen in einem Land wie Libyen, wo sie unter extremen Bedingungen leben müssen und nur eine Möglichkeit sehen, von dort schnellstmöglich wegzukommen. Man sollte das nicht idealisieren. Es handelt sich um Not, aus welchen konkreten Gründen sie auch immer fliehen.

### **Werden die Migranten inzwischen als Akteure und nicht als Opfer wahrgenommen?**

ECKART: Das ist richtig. Aber auch in dieser Community gibt es beides. Selbst unter den Migranten gibt es Eliten, die sich nicht mit den bedrohten Flüchtlingen solidarisieren und sich vor den Karren des Grenzregimes spannen lassen. Was wirklich wichtig bleibt, ist die Selbstorganisation der Flüchtlinge.

KOPP: Wenn ich von der Hartnäckigkeit rede, dann meint das den Mut der Verzweiflung, aber auch den Mut zum Aufbruch. Es gibt die Flüchtlinge aus Krieg und Diktatur, aber auch Menschen, die einfach ein anderes Leben suchen. Wir hatten kürzlich eine gemeinsame Veranstaltung, an der auch medico beteiligt war, auf der es vier kurze Statements von Hanauer Migranten gab. Das waren vier Generationen von Boat-People. Das waren keine Opfer, sondern Akteure. Sie sagen, dass sie es sich erkämpft haben hier zu sein und sich hier für ihre Rechte einzusetzen. Sie haben sich in Hanau organisiert, um zu verhindern, dass die Lampedusa-Flüchtlinge, die in Hanau lebten, nach Italien zurückgeschickt werden. Und sie haben sich durchgesetzt. Die Selbstorganisation der Flüchtlinge in Deutschland hat mit dem Marsch von Würzburg nach Berlin im Jahr 2012 einen



Schub bekommen und sich seitdem weiterentwickelt. Das ist ein sehr positiver Prozess.

ECKART: Diese Menschen hatten auch großes Glück, dass sie auf eure Unterstützungsstruktur gestoßen sind. Diese Netzwerke sind von immenser Bedeutung, um die Migrantinnen und Migranten darin zu unterstützen, selbst in eine Sprechposition zu gelangen.

**In Deutschland umfassen die Unterstützernetzwerke ein breites Spektrum von Menschen und Gruppen. Können sie zu einer politischen Kraft gegen das Grenzregime werden?**

KOPP: Wir erleben gerade eine deutliche Politisierung, etwa beim Kirchenasyl. In Hanau z.B. haben Menschen aus einer Kirchengemeinde die Aufforderung zur Willkommenskultur ernst

„Es muss ein Recht zu gehen geben, aber auch ein Recht zu bleiben.“

genommen und sich für die Versorgung der Flüchtlinge engagiert. So entstanden persönliche Beziehungen und Freundschaften. Als vier Flüchtlinge abgeschoben werden sollten, waren die Leute sehr empört und haben sie ins Kirchenasyl genommen. Das ist eine Politisierung, die zur Zeit sehr viele Leute erleben.

**Bedeutet das im Umkehrschluss, dass die besten Partner für eine EU-Abschottungspolitik die Länder vor Ort sind?**

ECKART: Die EU-Politik will die Migranten außer Sichtweite halten, sie wollen nicht die Toten und nicht die Bilder der Toten. Das ist ihr oberstes Ziel. Deswegen wollen sie die Transit- und zunehmend auch Herkunftsländer in Nord- und Westafrika in ihre Strategie einbinden. Früher funktionierte diese Einbindung durch Entwicklungshilfe und bilaterale Kooperationen. Heute sind viele Länder sehr willfährig, sie ver-

hindern Migration auch ohne Druck. Marokko, Ägypten, selbst Libyen versuchen sich gegenüber der EU als handlungsfähig zu präsentieren, aber auch Länder wie Mauretanien sind sehr wichtig. Durch die Einbindung dieser Länder in das europäische Migrationsregime haben sich die Routen verschoben und sie sind gefährlicher geworden. Mauretanien hat hierfür viel Geld aus Europa erhalten.

**Wieso ist Niger in den letzten Monaten in den Fokus der EU-Außenpolitik geraten?**

ECKART: Durch die Einbindung von Ländern wie Mauretanien und Marokko in das europäische Grenzregime hat der Weg über Niger an Bedeutung gewonnen. Ein sehr gefährlicher Weg. Erst vor wenigen Tagen wurden fast fünfzig Leichen in der nigrischen Sahara gefunden: Menschen, die auf dem Weg nach Europa bereits mitten in Afrika verdurstet sind. Anders als die Toten im Mittelmeer spielten die Toten der Wüstendurchquerung bisher in den europäischen Medien kaum eine Rolle. Mit dem Fokus auf Niger, wo die EU auch ein „Aufnahmezentrum für Flüchtlinge“ errichten will, kann die EU die Migranten und ihre Not außer Sichtweite halten. Zudem entspricht dies auch ihrem strategischen Interesse an Präsenz in einer umkämpften Region. Es gibt aber auch Länder wie Mali, wo es einer starken Zivilgesellschaft lange gelungen ist, die Einbindung in das europäische Grenzregime zu verhindern. Das zeigt, wie wichtig es ist, selbst vermeintlich kleine Strukturen der migrantischen Selbstorganisation zu unterstützen. Denn die EU wird nicht nachlassen zu versuchen, das Grenzregime zu verstärken.

Das Interview führte Katja Maurer

**Eine Langfassung des Gesprächs findet sich unter [www.medico.de/mittelmeer](http://www.medico.de/mittelmeer)**

# Grenzenloses Drama

## Der Libanon schafft die Flüchtlinge ab

Von Martin Glasenapp

Es ist der große Exodus. Seit Beginn des Krieges suchen syrische Flüchtlinge im Libanon Schutz. Heute leben 1,2 Millionen Menschen aus Syrien an 1.600 Orten im Libanon – offiziell. Laut UN kommen mindestens noch 500.000 illegale Flüchtlinge hinzu. Die syrische Diaspora macht zusammen mit den palästinensischen Flüchtlingen ein Viertel der Gesamtbevölkerung im Libanon aus. Im Vergleich müsste Deutschland etwa 24 Millionen Flüchtlinge aufnehmen. Nach Angaben der Weltbank belastet die Situation den libanesischen Staatshaushalt mit 1,5 Milliarden US-Dollar im Jahr. Die technischen Infrastrukturen sind ebenso überlastet wie das Gesundheits- und Bildungssystem. Der Mangel an Wohnraum ist dramatisch, die Mieten haben sich vielerorts verdreifacht. Viele Flüchtlinge leben in provisorischen Zeltstädten aus Plastikplanen am Rande der Städte, oder auf Feldern, wofür sie hohe Mieten an libanesische Bauern zahlen. Gleichzeitig drückt die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt die Löhne.

Die libanesische Regierung hat begonnen, die syrische Flüchtlingsfrage zu „palästinisieren“, sprich: Sie lehnt es zwar weiterhin ab, offizielle Flüchtlingslager einzurichten, schränkt aber die Aufenthaltsrechte der Flüchtlinge massiv ein. Erstmals in der Geschichte beider Länder gibt es eine Visumpflicht für Syrer im Libanon und eine neue, perfide Aufenthaltsgesetzgebung, gefordert werden Nachweise über Einkommen und Bankkonten, Mietverträge und li-

banesische Bürgen. All das zielt darauf, Flüchtlinge abzuschrecken oder zusätzlich zu illegalisieren. Für Merhi Fliti ist das alles grotesk. „Die Flüchtlinge kommen mit ihren Sachen nachts über die grüne Grenze den Berg hinunter. Sie interessieren sich nicht für Mietverträge, Kontonachweise oder gar Bürgen.“ Der 47-Jährige ist Sozialarbeiter in Aرسال in der nördlichen Bekaa-Ebene. Früher hatte die Kleinstadt 40.000 Einwohner, durch die Flüchtlinge sind es heute 80.000. Merhi Fliti arbeitet mit seiner Frau Salah, einer gelernten Krankenschwester, in der lokalen Klinik des medico-Partners Amel, einer landesweit arbeitenden Gesundheitsorganisation. Eigentlich diente die Klinik der Versorgung der armen Landbevölkerung, die sich das teure private Gesundheitssystem nicht leisten kann. Seit Beginn der syrischen Flüchtlingskrise aber besteht die Arbeit aus permanenter Nothilfe. Versorgt werden die, die kommen und nichts haben. Es geht um Tuberkulose, Auszehrung, Durchfall- und Hautkrankheiten, Schussverletzungen. Hinzu kommt die Sicherheitslage. Seitdem syrische Rebellen in den nahen Bergen aktiv sind, haben sich viele Hilfsorganisationen aus Aرسال zurückgezogen. Amel ist geblieben.

Angesichts der immer schwieriger werdenden Lage versuchen diejenigen, die noch über finanzielle Mittel verfügen, das Land wieder zu verlassen. Der Weg ist das Meer, über Ägypten und Libyen, oder über die Türkei. Alle wissen,



Schule unter Bäumen: Syrische Flüchtlingskinder werden in der libanesischen Bekaa-Ebene von Freiwilligen unterrichtet.

welche Gefahren auf sie lauern und kennen die Bilder der Toten. „Aber das schockt hier wirklich niemanden“, so Wesam Sabaaneh vom medico-Partner Al Jafra in Beirut. „Wer es schafft, die Straße von Damaskus bis Aleppo zu nehmen und die sieben Checkpoints mit sieben Geheimdiensten, Milizen und Soldaten übersteht, hat auch vor dem Wasser keine Angst mehr.“ Der syrische Palästinenser Sabaaneh koordiniert aus Beirut die Gemeindearbeit von Al Jafra im palästinensischen Flüchtlingslager Yarmouk in Damaskus. Jafra leistet nicht nur medizinische Nothilfe, sondern versucht auch Menschen zu helfen, die das Land verlassen wollen. „Alle wollen gehen, niemand glaubt, dass es eine Zukunft gibt“, sagt Sabaaneh. Syrien habe begonnen, „sich selbst aufzuzehren“.

Schon in den 1980er Jahren half Amel mit medico-Unterstützung den Opfern des libanesischen Bürgerkriegs. Heute werden vor allem syrische Kriegsflüchtlinge versorgt, in der Bekaa-Ebene und den schiitischen Vorstädten von Beirut. Auch Al Jafra ist mit der Wucht des Krieges konfrontiert: Das palästinensische Lager Yarmouk in Damaskus ist weitgehend zerstört, die verbliebenen Bewohner sind auf tägliche Nothilfe angewiesen: Suppenküchen, Notärzte, Schulunterricht.

**Spendenstichwort: Syrien**

# Projekte Projektionen



## Erinnerungsbotschaft Chile: Ehemalige Gefangene besetzten Menschenrechtsbüro

Am 20. April 2015 besetzten ehemalige politische Gefangene die Räume unserer Partnerorganisation CODEPU in Santiago de Chile und traten in den Hungerstreik. Insgesamt 113 Ex-Gefangene beteiligten sich landesweit an ähnlichen Aktionen. Ihre Forderung: Anerkennung der Haftzeiten während der Junta bei der Berechnung von Rentenansprüchen. CODEPU unterstützt die Überlebenden der Militärdiktatur seit Jahrzehnten. Auch deshalb erhofften sich die Ex-Gefangenen konkrete Hilfe. Für 34 Tage verwandelte sich das CODEPU-Büro in die Botschaft ehemaliger Gefangener. Den Hungerstreik brachen die bis zu 80 Jahre alten Besetzer zwar aufgrund

ihrer schlechten gesundheitlichen Lage nach drei Tagen ab, erfolgreich waren sie dennoch: Dank großer Presseresonanz gelangte das Thema Menschenrechte auf die nationale Agenda. Ende Mai begann unter kirchlichem Vorsitz eine hochrangige Kommission aus Regierungs- und UN-Vertretern zusammen mit den Betroffenen zu tagen. Innerhalb von 45 Tagen sollen Ergebnisse vorliegen, die die Situation der ehemaligen Gefangenen verbessern. Bis Mitte Juni gab es keine Fortschritte. Eine Gruppe, die aus Protest gegen die stockenden Verhandlungen das Büro der Sozialistischen Partei besetzte, wurde festgenommen. Dabei hätte die Bachelet-Regierung positive Nachrichten dringend nötig: Seit Wochen wird in Chile gestreikt und demonstriert.

**Spendenstichwort: Chile**

## Zurück in die Zukunft

Ägypten: medico-Partner veröffentlicht Folterreport

Während der ägyptische Präsident Al Sisi im Berliner Kanzleramt als Garant von Sicherheit und Ordnung im Nahen Osten empfangen wird, zeigt der Bericht des Nadeem Centers for the Victims of Violence and Torture die gerne verschwiegene Seite dieser Sicherheitspolitik: Allein im April 2015 sind mindestens zehn Inhaftierte in Gefängnissen aufgrund von Folter und medizinischer Vernachlässigung gestorben, 68 weitere Fälle von Folter sind bekannt geworden, es gibt Fälle des „Verschwindenlassens“ von politischen Gegnern (Islamisten und säkulare Linke) und stellvertretende staatliche Geiselnahme von Angehörigen, wenn die Polizeikommandos gesuchte Personen bei Razzien nicht anfinden. Die ägypt-

tischen Behörden sprechen von Einzelfällen, die harten Fakten sprechen eine andere Sprache. Dieser systematischen Repression trotz der medico-Partner Nadeem Center mit den bewährten Mitteln aus der Zeit vor dem Aufstand 2011: Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit, medizinische, psychologische und juristische Beratung und Unterstützung. Auch von den Versuchen des Staates, unabhängigen Nichtregierungsorganisationen mit immer neuen Auflagen die Finanzierung durch ausländische Geldgeber zu verunmöglichen, lässt sich das Nadeem Center nicht abschrecken. Der Forderung nach Transparenz in ihren finanziellen Transaktionen kommen sie wie immer nach, eine inhaltliche Genehmigung ihrer Arbeit durch die Sicherheitsbehörden lehnen sie weiterhin mutig ab – bislang erfolgreich.

**Spendenstichwort: Ägypten**

## Kollektive Kasse

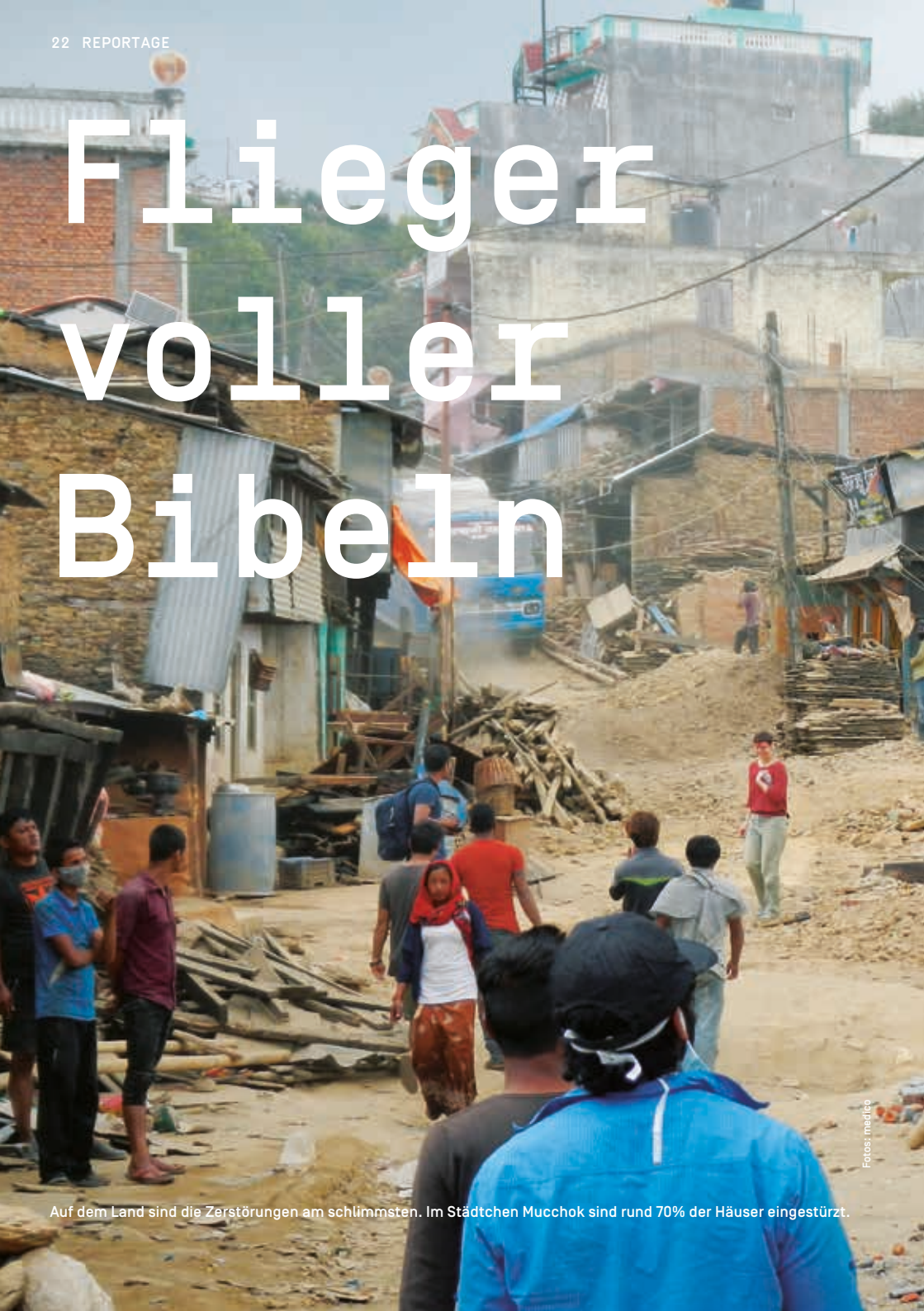
People's Health Movement: Wege aus der Krise

Seit 15 Jahren hat sich das PHM einen guten Namen gemacht: mit kritischen Einwüfen gegen den neoliberalen Mainstream in der globalen Gesundheitspolitik, als deutliche Stimme gegen den Einfluss der privatwirtschaftlichen Interessen bei der WHO, mit ihrem alternativen Global Health Report und regelmäßigen Trainingskursen für junge Nachwuchsaktivisten. Mit dem berühmten „langen Atem“ hat medico ihnen dabei seit gut 10 Jahren zur Seite gestanden, und sie auch in der mühevollen Basisarbeit, dem „movement building“ unterstützt. Ende 2014 schrillten allerdings die Alarmglocken: lange verfolgte und erhoffte Finanzierungen kamen nicht zustande, ein dringliches

Treffen mit befreundeten europäischen Organisationen sollte einberufen werden, um die Finanzierungskrise zu lösen. Frankfurt bot sich als gut erreichbarer Ort an, medico übernahm die finanzielle und logistische Unterstützung. 20 internationale Teilnehmer kamen schließlich am 12. Juni 2015 zusammen. Ein Konzept solidarischer Grundfinanzierung auf vielen Schultern wurde vorgestellt, das die Kernkosten der Sekretariatsarbeit des PHM langfristig sichern kann. Über den Sommer sollen dann die konkreten Zusagen erfolgen. Auch in Zeiten der virtuellen Kommunikation und sozialen Medien bleibt die direkte Begegnung eine entscheidende Voraussetzung für solidarisches Handeln.

**Spendenstichwort: Gesundheit**

# Flieger voller Bibeln



Fotos: medice

Auf dem Land sind die Zerstörungen am schlimmsten. Im Städtchen Mucchok sind rund 70% der Häuser eingestürzt.

Nepal: Kritik an internationaler Hilfsmaschinerie ist auch deshalb stark, weil die lokale Selbsthilfe nach dem Erdbeben funktionierte

### Von Bernd Eichner

Nicht das Erdbeben tötet die Menschen, die Häuser tun es. Und der Zustand der Häuser sagt viel über die soziale Lage ihrer Bewohner. So hat das Erdbeben binnen weniger Minuten die tiefer liegenden gesellschaftlichen Probleme in Nepal zu Tage gefördert: Die Ursachen für die fast 9.000 Toten sind Armut und soziale Ungleichheit.

In der Hauptstadt Kathmandu sind die wahren Verheerungen des Bebens nur auf den zweiten Blick sichtbar. 92 Prozent der Gebäude sind nicht eingestürzt, was den Bildern widerspricht, die die mediale Darstellung vermittelt haben. Inmitten intakter Straßenzüge sollen sich die ausländischen TV-Teams in den vereinzelten Ruinenlücken gegenseitig auf die Füße getreten sein, spottet man vor Ort. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich das allumfassende Desaster in Kathmandu vor allem als Katastrophe der ärmeren Bevölkerungsschichten. Anders als in ähnlichen Großstädten leben diese hier nicht in Wellblechhütten, sondern in maroden Mietshäusern. Nicht selten teilen sich mehrere Familien eine Wohnung von 40 Quadratmetern. Am stärksten betroffen von den Erschütterungen Ende April und Anfang Mai 2015 waren daher vor allem diejenigen, deren Leben auch ohne Naturgewalten vom Kampf ums Überleben geprägt ist. Mehr als 1.000 Menschen in der Landeshauptstadt haben die Profitgier von Vermietern und betrügerischen Bauunternehmern, die Zement mit Sand streckten, mit dem Leben bezahlt. Die

Regierung hat neue Bauvorschriften angekündigt. Gefälligkeitsgutachten und zu dichte Bebauung sollen der Vergangenheit angehören.

### Das Dilemma der Arbeitsmigration

Aus Angst vor Seuchen und Nachbeben hatte ein großer Teil der Bewohner die Millionenstadt Kathmandu zwischenzeitlich verlassen. Doch relativ schnell ist das Leben in die Stadt zurückgekehrt. Strom, Wasser, Telefon und Internet funktionieren. Die Märkte und Touristenattraktionen sind geöffnet. Was bleibt, sind 50.000 beschädigte Gebäude und eine riesige psychische Verunsicherung, die mit jedem Nachbeben neu befeuert wird. Noch immer leben Tausende, die ihr Zuhause verloren haben, in Zelten. Dass der Wiederaufbau nur langsam in Gang kommt, liegt auch daran, dass nur 400 der rund 16.000 nepalesischen Ingenieure im Land leben. Wie viele Landsleute aus anderen Branchen arbeiten sie in Indien oder den Golfstaaten und halten mit Rücküberweisungen ihre Familien über Wasser. Knebelverträge verhindern, dass sie nach Hause fliegen können. In der aktuellen Situation zeigt sich die strukturelle Problematik der Arbeitsmigration: Kommen die Migranten zurück, fehlt das Geld für Wiederaufbau und Entwicklung. Bleiben sie in den Golfstaaten, mangelt es vor Ort an Wissen und Tatkraft.

Angesichts der Nachbeben ziehen die meisten Patientinnen und Patienten auch in den Hospi-

tälern des medico-Partners Public Health Concern Trust (PHECT) noch immer ein Bett im überfüllten Flur des Erdgeschosses einem in den oberen Stockwerken vor. Dr. Ganesh Danggal erzählt, wie er gerade im Operationsaal stand, als die Erde wieder zu beben begann. „Alles schwankte. Doch was sollten wir tun? Unsere Patientin war betäubt und die OP in vollem Gange. Also entschieden wir uns zu bleiben. Am Ende ging alles gut.“ Die Erleichterung und auch ein bisschen Stolz sind Dr. Danggal anzusehen. Seinen guten Ruf verdankt PHECT auch historisch dem Mut seiner Ärzte und Krankenpfleger. Als Teil der Demokratiebewegung der 1990er Jahre versorgten sie damals eine Vielzahl von verletzten Demonstranten unter schwierigen Bedingungen. Nach dem Erdbeben kümmerte sich PHECT um fast 1.000 Verletzte. medico hatte umgehend Mittel für die Einrichtung eines weiteren Operationsaals bereitgestellt. In den Kliniken wird nun die Nachsorge sichergestellt und Patienten werden versorgt, die zunächst nur mit Notoperationen behandelt werden konnten.

### Ende des politischen Stillstandes?

Während sich in der Hauptstadt die Lage entspannt, steht in den ländlichen Regionen rund um das Epizentrum die größte Herausforderung noch bevor: der Monsun mit starkem Regen und Erdbeben. In den Distrikten um Gorkha und Sindhupalchowk finden sich die meisten der 500.000 Gebäude, die landesweit zerstört oder beschädigt wurden. Betroffen sind auch hier in erster Linie diejenigen, die sich stabile Fundamente und Materialien wie Zement oder Stahlbeton nicht leisten konnten, zumeist arme Bauern. Zwar reicht die Landwirtschaft zum Überleben, die Häuser aber bestehen oft nur aus aufgestapelten, notdürftig mit Lehm verputzten Steinmauern. Den Naturgewalten haben diese Unterkünfte nur wenig

entgegenzusetzen. Alles eine Frage der Mittel. In der kleinen Stadt Mucchok thronen gegenüber den zahlreichen Ruinen gänzlich unversehrte Gebäude mit reichverzierten Fassaden sowie die große Polizeistation.

„Wir versuchen aktuell so viel Wellblech wie möglich in die abgelegenen Dörfer zu bringen, solange sie noch erreichbar sind“, erklärt Dinesh Neupane, vom medico-Partner NEDS. Mit dem reichlich vorhandenen Bambus können sich die Menschen daraus provisorische Unterkünfte und Schulen bauen, um die Wochen des Monsuns zu überbrücken. Die Organisation wurde 2013 als Netzwerk von Studierenden aus dem Gesundheitswesen gegründet. Sie wollen ihre im Ausland erlernten Fähigkeiten im eigenen Land einsetzen und sind bisher hauptsächlich durch ihre kritische Forschung und Veröffentlichungen bekannt geworden, z.B. über die Gefährdung der Bauern durch großflächigen Pestizideinsatz. Schon kurz nach dem ersten Beben startete die Organisation mit Sitz in Pokhara Nothilfeaktionen in den betroffenen Regionen, als Eigeninitiative mit privatem Geld der Vorstandsmitglieder und vielen Freiwilligen. Durch die Unterstützung von medico konnten sie diese ausweiten und mehr als 1.000 Plastikplanen, Hunderte Decken und rund 30 Tonnen Reis in abgelegene Gebiete bringen. Die größte Herausforderung war der Transport, erklärt Dinesh: „Die Wege sind extrem schlecht und Lastwagen waren nicht zu bekommen.“ NEDS improvisierte und behalf sich mit Lasteseln und gemieteten Bussen.

Politisch liegt das größte Problem in dem Mangel an demokratisch legitimierten Strukturen jenseits der Hauptstadt. Seit dem Ende des maoistischen Aufstandes und der Abschaffung der Hindumonarchie steckt der Prozess zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung fest, seit nunmehr sieben Jahren. Zwar gibt es eine gewählte Regierung und eine als Notparlament



fungierende verfassunggebende Versammlung. Doch so lange es keine Verfassung gibt, können keine Kommunalwahlen durchgeführt werden. Dadurch werden die Verteilung von Hilfsgütern oder Entscheidungen über den Wiederaufbau von ernannten Bürokraten oder im Parteiengeklügel verantwortet. Marginalisierte, wie Angehörige der nur formal abgeschafften unberührbaren Kasten, sind ausgeschlossen und beim Zugang zu Hilfe benachteiligt.

### Nadelöhr Flughafen?

Jedoch hat die Kritik am staatlichen Krisenmanagement neue Bewegung erzeugt. Unter dem Druck der Bevölkerung und rechtzeitig vor einer internationalen Geberkonferenz setzten die vier größten Parteien ein Symbol der Handlungsfähigkeit und schlossen ein Abkommen über die Grundlinien der neuen föderalen Ordnung. Vieles aber bleibt ungeklärt. NEDS versucht daher pragmatische Lösungen zu finden. Die Mitglieder kooperieren auf lokaler Ebene mit Regierungsinstitutionen, nutzen aber auch die Kontakte ihres Netzwerkes und selbstorganisierte Strukturen wie Müttergruppen und freiwillige Gesundheitsarbeiterinnen, die es in jedem Dorf gibt. Auch engagierte Einzelpersonen, oftmals Lehrer, sind wichtige Ansprechpersonen. „Wir müssen im kleinen Maßstab verteilen, damit am Ende tatsächlich alle aus einem Dorf etwas bekommen“, sagt Dinesh. Bei der örtlichen Verwaltung stehe oft die höherkastige Verwandtschaft oben auf der Liste, so dass die Bedürftigen allzuoft leer ausgingen.

Die komplexen Sozial- und Machtstrukturen in Nepal sind Außenstehenden oft nicht geläufig. Das hat mitunter dazu geführt, dass gutgemeinte Verteilungen von Initiativen aus dem Ausland in Schlägereien endeten. Auch in Mucchok äußern Nepalesen Kritik an der internationalen Helferszene. Wegen der fehlenden

Abstimmung mit den lokalen Behörden seien zunächst keine ausländischen Helfer und dann zu spät zu viele gleichzeitig vor Ort gewesen. Viele Nepalesen hat auch die Verwunderung der Internationalen gekränkt, dass bei deren Eintreffen die Toten längst begraben und die Verletzten mit Fahrzeugen aller Art ins Krankenhaus von Gorkha geschafft worden sind. „Was denken sie sich denn, dass wir nur herumsitzen und abwarten?“, sagt einer. Statt der vielen an- und abreisenden internationalen Ärzteteams hätte sich die Dorfgemeinschaft lieber einen in der Gemeinde stationierten Krankenwagen gewünscht.

Während in der deutschen Presse NGOs ausführlich über ihre Probleme am „Nadelöhr“ des Flughafens in Kathmandu berichten, werden hier Geschichten erzählt, die ein anderes Bild zeichnen: Dass die großen Maschinen der ausländischen Hilfsorganisationen und Militärs die Landebahn des zentralen Flughafens beschädigt haben, dass tonnenweise Bibeln aus den USA geliefert wurden oder Dosen mit zu Lammfleisch umetikettiertem Rindfleisch – ein Affront in einem überwiegend hinduistischen Land. Ein Elektronikkonzern ist bei dem Versuch, seine Waren als Hilfslieferung durchzuschleusen und dadurch Steuern zu sparen, an dem in den internationalen Medien gescholtene Zoll gescheitert. Das standardisierte Vorgehen der globalen Hilfsmaschinerie stieß etwa auch dann auf Unverständnis, als in den bergigen Gebieten mit vielen Quellen Wasserflaschen verteilt wurden. Angesichts solch technokratischer Ignoranz forderte die profilierte Frauenrechtlerin und Ernährungsexpertin Dr. Aruna Uprety, lokale Nahrungsmittel zu verteilen statt Fertignahrung zu importieren: „Es gibt genügend gesundes Essen in Nepal. Hilfsorganisationen könnten bei Bauern in vielen Landesteilen Kartoffeln, Linsen und Reis kaufen. Stattdessen müssen viele Überlebende immer noch Fertignudeln und Kekse essen.“

Bei allen Diskussionen über die Zukunft Nepals wird irgendwann Haiti erwähnt – als Schreckgespenst dafür, wie internationale Hilfe Abhängigkeiten verstärken und intakte lokale Strukturen zerstören kann. „Wir wollen nicht das nächste Haiti werden“, heißt es immer wieder. Aufgrund der dortigen Erfahrung, bei der die Hilfsindustrie lokale Institutionen und die Regierung weitgehend umgangen haben, sind sich alle medico-Partner in Nepal einig: Keinesfalls sollten die UN und internationale NGOs Parallelstrukturen aufbauen. „Natürlich gibt es gute Gründe, auf die Regierung oder ihre Schwäche zu schimpfen. Aber wir leben hier nicht in einer Diktatur und wir haben starke Medien“, betont Aruna Uprety. Sie plädiert daher für eine „kritische Zusammenarbeit“ mit der Regierung. Die in der internationalen NGO-Szene skeptisch betrachtete „One-Door-Policy“ wird daher in Nepal selbst eher verteidigt. Mit dieser will die Regierung erreichen, dass alle Hilfen, die ins Land kommen oder z.B. die Standorte neu gebauter Schulen, mit den zuständigen Behörden abgesprochen werden.

Eine Forderung an die eigene Regierung vertreten die medico-Partner jedoch vehement: Der Wiederaufbauprozess müsse transparent ablaufen und die Verantwortlichen müssten für Verfehlungen zur Rechenschaft gezogen werden können. Voraussetzung hierfür ist eine starke Zivilgesellschaft. Mehr Demokratie und Mitsprache von unten werde im System der humanitären Hilfe allerdings immer noch oft als lästiger Hemmschuh angesehen, kritisiert der Gesundheitsaktivist Tara Ballav. Als Programmkoordinator des medico-Partners Association of Youth Organizations Nepal (AYON) nimmt er regelmäßig an den Koordinierungstreffen der UN teil. „Die nepalesische Regierung hat zwar formal die Führung inne. Sie hat aber weit weniger Geld als die UN und auch keine Armada gut bezahlter Experten. Die großen internationalen NGOs vertreten meist ihre Eigeninteressen.

sen. Ohne ein großes Millionenprojekt interessiert sich keine von ihnen für deine Arbeit“, berichtet er frustriert. Solidarische Nachbarschaftshilfen, die zahllosen Initiativen von nepalesischen Organisationen oder die #act4quake-Kampagne, mit der AYON massenhaft freiwillige Helfer über das Internet mobilisierte, würden nicht beachtet und schon gar nicht gehört. Auch die Vorstellungen der Betroffenen spielten keine große Rolle, berichtet ein anderer NGO-Arbeiter. Auf einem Koordinierungstreffen habe eine Organisation fertige Baupläne für neue Häuser vorgestellt. „Leider haben sie vorher mit keinem einzigen Nepalesen über ihre extravagante Konstruktion gesprochen. Sonst wüssten sie, dass Häuser wie diese vielleicht für einen Designpreis gut sind, aber niemand darin wohnen möchte – aus Angst, von den Nachbarn ausgelacht zu werden.“

**medico international fördert seine lokalen Partnerorganisationen bei der Errichtung von Unterkünften zum Schutz in der Regenzeit und der Rehabilitation von Gemeinschaftseinrichtungen wie Schulen und Gesundheitsstationen. Mit Workshops zu Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit werden die Überlebenden des Erdbebens darin unterstützt, die Rechenschaftspflicht lokaler Eliten, Behörden und sonstiger am Wiederaufbau beteiligter Organisationen einzufordern.**

**Spendenstichwort: Nepal**



NEDS-Aktivisten diskutieren mit dem Distrikt-Nothilfekoordinator und der Dorfgemeinschaft: damit alle Hilfe bekommen.



Bei der Erdbebenhilfe packen alle mit an. Mit dem Bus bringt der medico-Partner NEDS tonnenweise Reissäcke in die Dörfer.

# Innere Kolonialisierung



## Israel/Palästina: Das Siedlungsprojekt macht auch vor einem Beduinendorf auf israelischem Staatsgebiet nicht halt

Von Riad Othman

Der Oberste Gerichtshof in Israel ist nicht in erster Linie dafür bekannt, sich in Belange der Besatzung einzumischen und sich gegen den Staat auf die Seite der palästinensischen Okkupierten zu stellen. Ungewöhnlich war die Entscheidung aber doch, die das Gericht Anfang Mai 2015 gegen die Gemeinde Susya in den südlichen Hebronbergen auf der Westbank traf. Die Frage war, ob der geplante Abriss und die Zwangsräumung aufgeschoben werden, um die Bewohner des palästinensischen Dorfes vorläufig zu schützen. Doch das Oberste Gericht verweigerte eine Aussetzung der Abrissorder. Ungewöhnlich war diese Entscheidung deshalb, weil erst Anfang August über einen Bebauungsplan für Susya entschieden werden soll, dessen Bewilligung zur Folge hätte, dass einige Abrisse gar nicht durchgeführt werden müssten bzw. könnten. Von dem Gericht wurde eigentlich erwartet, die Besatzungsmacht an diesen Sachverhalt zu erinnern und zumindest bis nach der Entscheidung über den Entwicklungsplan den Vollzug von Abrissen zu verschieben. Stattdessen erhielt die israelische Ziviladministration freie Hand, um gegen die Einwohnerschaft Susyas vorzugehen.

Das kleine Dorf liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zur archäologischen Stätte gleichen Namens. Bevor die Einwohner von dort vertrieben wurden, lebten sie lange zwischen den Ruinen. Heutzutage ist dieses Gelände umzäunt und wird von jüdischen Siedlern kontrolliert. Die nach internationalem Recht illegale israelische

Siedlung Susya liegt ebenfalls nicht weit entfernt von dem Dorf, das der Besatzungsapparat jedoch nicht anerkennt, obwohl ein offizielles israelisches Rechtsgutachten von 1982 eindeutig belegt, dass das Land in palästinensischem Privatbesitz war. Ausgerechnet Plia Albeck, die laut den Rabbinern für Menschenrechte auch als „die Mutter der Siedlungen“ bekannt ist, weil sie diverse israelische Regierungen rechtlich beim Siedlungsbau beriet, bezeugte schon vor Jahrzehnten die Legitimität der palästinensischen Ansprüche in Susya. Nicht weit von Susya liegt die Gemeinde Um al-Hiran, wo der medico-Partner Adalah 13 Jahre lang für das Recht der Beduinen gekämpft hat, in ihrem Dorf wohnen bleiben zu dürfen. Adalah heißt auf Arabisch Gerechtigkeit. Praktisch zeitgleich wie im Fall Susya traf der Oberste Gerichtshof in Jerusalem auch eine Entscheidung gegen Um al-Hiran, die mit Gerechtigkeit wenig zu tun hat: Das Dorf darf nun offiziell abgerissen und seine gesamte Bevölkerung zwangsumgesiedelt werden, um der geplanten jüdischen Stadt Hiran Platz zu machen.

### Äußere und innere Landnahme

Zwei Fälle, in denen Israel arabische Dörfer in den besetzten Gebieten abreißt? Die Ähnlichkeit scheint so offensichtlich, dass ein entscheidender Unterschied übersehen werden kann: Um al-Hiran liegt nicht im Westjordanland, sondern in der Negev-Wüste, also in Isra-

el. Seine arabischen Bewohner sind zumindest nominell vollwertige israelische Staatsbürger, die Steuern zahlen wie andere Israelis. Viele Beduinenfamilien ließen über Jahre ihre Söhne in der israelischen Armee dienen – oft in der Hoffnung, durch diesen Loyalitätsbeweis irgendwann doch als gleichwertige Staatsbürger akzeptiert zu werden, nachdem viele von ihnen in den 1950er Jahren durch die damalige israelische Militärregierung von ihrem Land vertrieben und dahin beordert worden waren, wo sie noch heute leben: auf Staatsland, das ihnen zwar zugewiesen, jedoch nie übereignet wurde. Dieser Umstand bildete über Jahrzehnte die Grundlage dafür, dass ihre Dörfer vom Staat nicht anerkannt wurden. Der Zugang zu Strom und Wasser wurde verwehrt oder erschwert. Staatliche Dienstleistungen wie die Gesundheitsversorgung hinken in ihrer Qualität und Verfügbarkeit dem nationalen Standard bis heute weit hinterher. Die Kindersterblichkeit ist unter den Beduinen die höchste landesweit und liegt deutlich über dem israelischen Durchschnitt.

In einem widersinnigen Urteil erkannte der Gerichtshof jetzt zwar an, dass die Menschen in Um al-Hiran keine Landbesetzer seien, weil schließlich die Regierung selbst ihnen das Staatsland zugewiesen habe. Trotzdem sollen die Beduinen zwangsumgesiedelt werden, weil der Staat das Recht habe, das Land jederzeit einer anderen Nutzung zuzuführen. Das soll nun geschehen – fast 60 Jahre nach ihrer Ansiedlung durch den Staat. Aus dem palästinensischen Um al-Hiran in Israel soll eine Stadt für die jüdische Mehrheitsgesellschaft werden: Hiran. Im Negev vollzieht sich damit ein Prozess der Landnahme – eine Art innere Kolonialisierung –, der nach dem gleichen Muster wie die Vertreibungs- und Ansiedlungspolitik in der Westbank abläuft. Seit Jahren gibt es in unmittelbarer Nähe zum Beduinendorf einen von Siedlern gegründeten Außenposten. Im Gegensatz zu Um al-Hiran wurde dieser Vorposten

sofort mit Strom und Wasser versorgt – und seine Bewohner warten nur darauf, dass der Staat seine widerspenstigen palästinensischen Bürger räumen wird. Ähnlich wie in der Westbank trägt die Existenz der Siedler nun zur Legitimation der Gründung einer israelisch-jüdischen Stadt auf den Ruinen eines arabisch-israelischen Dorfes bei. So weist der medico-Partner Adalah darauf hin, dass der Oberste Gerichtshof in seinem Urteil die Frage ignorierte, warum eine neue jüdische Stadt ausgerechnet an der Stelle eines bestehenden arabischen Dorfes errichtet werden müsse – ein Platzproblem gebe es in der Negev-Wüste nun wahrlich nicht. Anlässlich der jüngsten Entwicklungen hat die Menschenrechtsorganisation die Kampagne #Save\_UmAlHiran gestartet – auch um zu verhindern, dass die Beduinen nun wie geplant in ein deklassiertes Township abgeschoben werden, in dem sie ihre ländliche Lebensweise aufgeben müssten und einer Perspektive für ein besseres Leben völlig beraubt wären.

### Erosion demokratischer Werte

Was die immer unverhohlener rassistisch agierende Regierung mit den arabischen Einwohnern von Um al-Hiran macht, das ist über die Jahre symptomatisch geworden für den Umgang mit ihren nicht jüdischen Bürgerinnen und Bürgern – primär mit palästinensischen Israelis. Dabei nimmt Israel nach wie vor für sich in Anspruch, die einzige Demokratie im Nahen Osten zu sein. In verschiedener Hinsicht stimmt das sogar nach wie vor, aber es tritt auch immer offener zutage, dass demokratische Werte und Rechte eigentlich gar nicht für alle Bürgerinnen und Bürger des Landes gedacht sind, sondern für diejenigen, die der jüdischen Mehrheitsgesellschaft angehören.

Handlungen der israelischen Regierung verdeutlichen, dass das, wovon medico-Partner in

Israel wie Breaking the Silence, Adalah oder die Ärzte für Menschenrechte seit langem gewarnt haben, immer mehr zur Realität geworden ist: Wenn eine Demokratie seit bald 50 Jahren eine Besatzung aufrecht erhält, an der Hunderttausende israelischer Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligt sind, kann der Geist, der dahinter steht, nicht auf ewig in jüdischen Siedlungen auf der Westbank isoliert bleiben. Unweigerlich hat sich die Besatzung über die Jahrzehnte nicht nur in die palästinensische Alltagsrealität hineingefressen, sondern auch in die israelische Gesellschaft. Längst ist die Siedlerbewegung in der israelischen Politik verankert und sie hat in den letzten Jahren auch in der Regierung an Macht gewonnen. Dabei haben die Siedler die kolonialistische Ideologie nicht erfunden, sie hat von Anfang an das großisraelische Siedlungsprojekt überhaupt erst ermöglicht. Insofern haben die Siedler sie lediglich an ihren Ausgangspunkt rückimportiert – in die Mitte der israelischen Gesellschaft.

Das alles kann an einer Demokratie nicht spurlos vorübergehen. Der Entwurf zum „Gesetz über den jüdischen Nationalstaat“ soll den jüdischen Charakter des Staates über seine demokratische Verfasstheit stellen. Die Abschaffung von Arabisch als Amtssprache, immerhin die Muttersprache von mehr als 20 Prozent der israelischen Bevölkerung, wird in dem Zusammenhang ebenfalls diskutiert. Wer sich gegen die Erosion demokratischer Werte und bürgerlicher Rechte stellt, wird als Verräter und Nestbeschmutzer gebrandmarkt, mehr noch: „Unser Haus Israel“, die Partei Avigdor Liebermans, hat das Schreckgespenst des Gesetzes zur Kontrolle von Nichtregierungsorganisationen aus der Mottenkiste hervorgeholt und will es in einer deutlich verschärften Form zur Abstimmung bringen. Damit ließe sich die Arbeit von regierungskritischen Organisationen nicht nur kontrollieren und manipulieren, sondern binnen kürzester Zeit finanziell austrocknen.

Aus der einzigen Demokratie im Nahen Osten droht immer mehr die einstige Demokratie zu werden. Eine führende Politikerin hat bereits laut darüber nachgedacht, wie die Befugnisse des Obersten Gerichtshofs zu beschneiden wären. Israelische Stimmen, die die gefährliche Politik der eigenen Regierung kritisieren, um das Land vor dem Ruin zu retten, sollen verteufelt und mundtot gemacht werden. Diese Strategie hatte erst jüngst wieder in Deutschland Erfolg, als die Stadt Köln kurzfristig beschloss, sich politischem Druck zu beugen und eine Ausstellung des medico-Partners Breaking the Silence abzusagen (siehe auch Seite 42). Solidarität mit Israel, so erläutern Yehuda Shaul von Breaking the Silence und Rina Rosenberg von Adalah, sollte selbst in Deutschland mit seiner besonderen Geschichte und Verantwortung nicht verwechselt werden mit der Unterstützung für die Politik einer israelischen Regierung, die demokratische Grundwerte abbaut und Bürgerrechte immer selektiver in Abhängigkeit der ethno-religiösen Zugehörigkeit respektiert. Echte Solidarität mit Israel sollte die Achtung der Menschenrechte und die Werdung der israelischen Demokratie zum Gegenstand haben.

**Die medico-Partner Comet-ME und Palestinian Medical Relief Society sichern in dem Dorf Susya wie in der Vergangenheit die Basisgesundheitsversorgung und die Deckung des Energiebedarfs mit Solarstrom. Die Menschenrechtsorganisation Adalah, die aktuell die Kampagne #Save\_UmAlHiran zur Rettung des bedrohten Beduinendorfes gestartet hat, setzt sich seit Langem vor allem juristisch für die Minderheitenrechte der Palästinenser in Israel ein.**

**Spendenstichwort: Israel/Palästina**

# Das Ende der Angst

Guatemala: Erstmals seit Langem protestieren Tausende gegen Korruption und Machtmissbrauch

Von Dieter Müller

„Sie haben uns alles weggenommen, auch die Angst.“ Dieser Satz war im Meer der Plakate bei dem ersten großen Protesttag am 25. April 2015 immer wieder zu lesen. Spontan hatten sich rund 20.000 Menschen im Zentrum von Guatemala-Stadt versammelt, vereint in grenzenloser Entrüstung über den Machtmissbrauch der guatemaltekischen Eliten. Seitdem hat sich der Protest ausgeweitet, zuletzt fanden jeden Samstag Großdemonstrationen statt. Auch auf dem Land gibt es eine Vielzahl von dezentralen Protestaktionen. „Es war herrlich, total spontan und sehr kreativ“, so der Menschenrechtsaktivist Wilbert. „Wir wollen keine politischen Gefangenen, sondern gefangene Politiker“, diese Haltung bringe die Situation auf den Punkt.

Wer Guatemala kennt, weiß, wie lähmend die allgegenwärtige Angst über Jahrzehnte gewirkt hat. Angst infolge der Grausamkeiten des Bürgerkrieges, angesichts der zunehmenden Militarisierung des Landes und der Kriminalisierung sozialer Proteste und von Menschenrechtsaktivisten. Nun aber scheint die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite die politische Passivität abgestreift zu haben. Was ist passiert? Unmittelbarer Auslöser der zivilen Rebellion waren die Enthüllungen in dem Bericht der UN-mandatierten Internationalen Kommission gegen die Straffreiheit (CICIG) und der guatemaltekischen Staatsanwaltschaft über das Netz „La Linea“. Bei den Ermittlungen war ein Korruptionsnetzwerk ans Tageslicht gekommen,

das bis in höchste Regierungskreise reichte. Unter anderem hatten sich Regierungspolitiker aus der Sozialkasse des Landes bereichert. Hinzu kommt, so ergänzt Maria, Psychologin bei der medico-Partnerorganisation ECAP, die Bedeutung des Genozid-Prozesses gegen Ríos Montt. Die Strafverfolgung des ehemaligen Diktators habe eine breite und kontroverse gesellschaftliche Debatte ausgelöst. „Im Zuge des Prozesses wurden Dinge an- und ausgesprochen, die zuvor Tabu waren. So haben Jugendliche angefangen, ihre Eltern oder Großeltern zu fragen, was in jener Zeit vorgefallen ist. Endlich tut sich etwas in Guatemala.“

Die Proteste haben dafür gesorgt, dass nach den Enthüllungen niemand wieder zur Tagesordnung zurückkehren konnte. Im Gegenteil. Ranghohe Regierungsmitglieder wie Vizepräsidentin Roxana Baldetti sowie einige Minister mussten zurücktreten, die Staatsanwaltschaft nahm zahlreiche Angehörige staatlicher Institutionen fest. Geradezu spektakulär war, dass sich Präsident Pérez Molina – dem als einstigem General selbst massive Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkrieges vorgeworfen werden – zuletzt für eine Verlängerung des CICIG-Mandats einsetzte, das im September 2015 auszulaufen drohte. Für den Kampf gegen die Strukturen des organisierten Verbrechens und ihre Verwicklung mit den Herrschenden sowie für den Aufbau einer unabhängigen, demokratischen Justiz, die auch die strafrechtliche





Foto: Sandra Sebastián

### Der Sound der zivilen Rebellion.

Aufarbeitung der Vergangenheit garantieren könnte, wäre das ein herber Rückschlag gewesen. Im Mai 2015 wurde das Mandat tatsächlich verlängert. Doch der Protest ließ sich nicht erstickten. „Auch Pérez muss gehen“, lautet die Forderung. Wenige Monate vor den anstehenden Wahlen im September 2015 wackelt sein Stuhl. Das Parlament hat eine Kommission einberufen, die prüft, ob ihm die Immunität entzogen wird, um zu klären, inwieweit er selber in die Machenschaften verwickelt ist. Auch wurde jüngst bekannt gegeben, dass der Völkermordprozess gegen Ex-Diktator Ríos Montt im Juli fortgesetzt wird.

Neu an der aktuellen Protestbewegung ist, dass sie nicht nur von progressiven Kräften getragen wird. Es ist eine bunte Mischung, in der

Bauernorganisationen, Vertreter indigener Völker, feministische Gruppierungen, NGOs und alternative Medien plötzlich gemeinsam auf die Straße gehen. Studierende der öffentlichen San-Carlos-Universität stehen Seite an Seite mit ihren Kommilitonen von den großen privaten Hochschulen. Auch die Bischofskonferenz von Guatemala hat sich hinter die Forderungen der Massenproteste gestellt. Ein gemeinsames politisches Projekt zeichnet sich darin zwar noch nicht ab. Dennoch: „Zum ersten Mal seit langer Zeit könnte die guatemalteckische Gesellschaft die große Chance zu grundlegenden Veränderungen haben“, schreibt Michael Mörth, Menschenrechtsanwalt beim medico-Partner Bufete de Derechos Humanos. Gleichzeitig warnt er, dass sich das alte System nicht so einfach geschlagen geben wird. Anfang Juni 2015 wurde denn auch Francisco Palomo, Repräsentant der extremen Rechten und Strafverteidiger von Ríos Montt, auf offener Straße erschossen – möglicherweise ein Versuch, ein Klima der Unregierbarkeit zu provozieren. Doch die Angst scheint momentan verschwunden. Und das wirkt ansteckend. So fanden jüngst auch im benachbarten Honduras massive Proteste gegen die staatliche Korruption statt.

**Aktuelle Entwicklungen unter**  
[www.medico.de/blog](http://www.medico.de/blog)

**Seit 15 Jahren unterstützt medico die psychosoziale Arbeit im Rahmen der Aufarbeitung der Diktatur von Equipo de Estudios Comunitarios y Acción Psicosocial. Außerdem fördert medico das Bufete Jurídico de Derechos Humanos (BJDH) und die Comisión Internacional de Juristas (CIJ) im Kampf gegen die Straflosigkeit in Guatemala.**

**Spendenstichwort: Guatemala**

# Fit fürs Chaos



Fotos: Holger Friedemuth

Debatte über Resilienz: Auf dem Stiftungssymposium wurde die Vekehrung des einst kritischen Konzepts zu einem Instrument der Anpassung in so verschiedenen Bereichen wie Pädagogik, Psychotherapie, Ökologie und Politik beleuchtet.

# Ethos des Neoliberalismus: medico-Stiftung veranstaltet die erste interdisziplinäre Konferenz zum Thema Resilienz. Ein Rückblick

Von Katja Maurer

Mathias Horx, seines Zeichens selbsternannter Trendforscher, ist immer für einen windschnittigen, gutgelaunten Spruch gut, der offenbart und vertuscht zugleich. Zum Thema des diesjährigen medico-Stiftungssymposiums über den Resilienzdiskurs in Politik und Hilfe, das Anfang Juni 2015 in Frankfurt am Main stattfand, verkündet er: „Resilienz wird den schönen Begriff der Nachhaltigkeit ablösen.“ Unverhohlen zweckoptimistisch folgt noch der Trost: „Lebendige, evolutionäre Systeme bewegen sich immer an der Grenzlinie des Chaos.“ So lassen sich Unrecht, Ausgrenzung und daraus folgendes Leid dem Chaos in die Schuhe schieben.

Das Stiftungssymposium und die Vorabendveranstaltung zur Krise der Demokratie, die ge-

meinsam mit der katholischen Akademie Rabanus Maurus stattfand, versuchten sich hingegen noch an der Analyse der Ursachen eines krisenhaften Geschehens, das doch ein Grundprinzip hat: Wer ausgeschlossen ist, rutscht noch tiefer in den Ausschluss. Alle Zahlen über die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, im globalen Norden wie im Süden, belegen das.

## Märkte als Souverän

Bis auf den letzten Platz besetzt war die Abendveranstaltung über die Krise der Demokratie und die Privatisierung der Risiken, an der neben dem Buchautor und Literaturwissenschaftler Joseph Vogl, die deutsch-griechische Journa-



Klaus Ottomeyer

## WIDERSTANDSKRAFT STATT RESILIENZ

Wenn Resilienz jenseits der Festkörperphysik heißen soll, sich einerseits kleine Zonen des Glücks und der Freude inmitten eines entfremdeten Kontexts zu verschaffen, andererseits aber auch gezielt Widerstand gegen die Entfremdung und Ausbeutung zu leisten [wozu auch die klare Benennung der Unterdrückten gehört] und Gerechtigkeit einzufordern, dann kann man den Begriff oder das Wort ruhig übernehmen. Die Förderung einer solchen Resilienz – vielleicht sollten wir jetzt von Widerstandskraft sprechen – ist für die meisten Menschen gesundheitserhaltend und macht in der Arbeit mit Individuen und Gruppen Sinn.

listin und Theatermacherin Margarita Tsomou und der ehemalige hessische Minister Rupert von Plottnitz, der auch dem Stiftungskuratorium von medico angehört, teilnahmen. Die scheinbar naturgegebene Krise entpuppte sich bei Vogl als „elementare Symbiose aus Finanzkapital und Politik“, weshalb die Politik keinerlei Interesse an der Änderung der neoliberalen Agenda habe. Mit der Finanzkrise 2008 habe eine Situation für radikales Handeln vorgelegen. Die Chance sei nicht genutzt worden. Stattdessen, so von Plottnitz, haben wir nun die „marktkonforme Demokratie“ (Angela Merkel), in der die Märkte quasi zum zweiten Souverän neben dem Wahlvolk aufgestiegen seien. Es sei, am Beispiel Griechenland exemplarisch, „wie der demokratische Wille missachtet werde“. Man zwingt Griechenland Verfas-

sungsbruch zu begehen. Das habe eine „staatsstreichähnliche Dimension“.

Margarita Tsomou, Herausgeberin des „Misy“-Magazins, flogen die Herzen und Köpfe des Publikums zu, weil sie als Europäerin mit deutsch-griechischen Wurzeln nicht nur politisches Engagement und Empathie für die griechische Politik zwischen „Unterwerfung und autonomer Politik“ aufbrachte. Sie löste auch eine große Erschütterung aus, als sie auf die Frage von Moderator Stephan Hebel, wie denn das Bild der Deutschen von sich selbst sei, antwortete: „Der neue Deutsche“ sei der bessere Europäer, „bescheiden, fleißig – und Opfer von denen, die faul, raffgierig und verschwenderisch“ seien. Das Ressentiment, das mit dem Begriff „Hausaufgaben machen“ schon in die



Thomas von Freyberg

### DAS KIND ALS STEHAUFMÄNNCHEN

Die fast dreißigjährige Phase sozialpolitischer Gegenreformen hat sich auch dieses kritischen Elements vergangener Reformdebatten bemächtigt und es verkehrt. Vor allem das Verdikt einer positiven Pädagogik gegen jegliche Rede von Defiziten, Störungen und mangelnden Ressourcen lässt sich bequem in den Dienst der ideologischen Legitimation schlechter Verhältnisse stellen – und der Leugnung oder Verharmlosung dessen, was diese Verhältnisse anrichten: bei Kindern und Jugendlichen, bei ihren Eltern und bei den für sie verantwortlichen Erwachsenen.

Die schwarze Utopie der Gegenreformen am Arbeitsmarkt – die flexibel und zu widrigsten Bedingungen bei Niedrigstlöhnen einsetzbare Arbeitskraft – findet im pädagogischen Jargon ihre Ergänzung in der Rede vom resilienten Kind: einem Stehaufmännchen! Kann man sich ein gruseliges Erziehungsziel vorstellen: unberührbar und unerschütterlich zu sein, komme was da wolle?

politische Sprache eingetrüfelt ist, kann Schlimmeres befördern. Dieser neue Deutsche, so Tsomou, fühle sich moralisch im Recht, „andere zu entwerten“.

## Chaos und Resilienz

Wer solche sich schleichend im Mainstream verbreitenden Gefühle fürchtet, tut gut daran, statt über Chaos und Resilienz besser über Finanzkapitalismus und radikale Demokratie nachzudenken. Das machte das Stiftungssymposium unter dem Titel „Fit für die Katastrophe?“ am nächsten Tag deutlich. Es war, wie Klaus Ottomeyer, emeritierter Professor für kritische Psychologie an der Universität Klagenfurt, sagte, die erste Konferenz, die sich Disziplinen übergreifend mit dem Thema Resilienz beschäftigte und damit ganz neue Zusammenhänge herstellte. Nimmt man nämlich die Resilienzdebatte in der Pädagogik zum Ausgangspunkt, klingt alles erst einmal wunderbar. Der Erziehungswissenschaftler Thomas von Freyberg beschrieb, wie das Leitkonzept kritischer Pädagogik, der Ressourcenansatz, mit dem Resilienzkonzept einen Bündnisgenossen gewonnen zu haben schien. Ursprünglich sei die Untersuchung seelischer Resilienz mit der Traumaforschung verknüpft gewesen. Es ging dabei um die Frage, welche seelischen Faktoren oder Strukturen bei einem Menschen dafür verantwortlich seien, im Unterschied zu Menschen in vergleichbarer Lage, „ein schweres psychisches Trauma zu verarbeiten, ohne dass schwerwiegende seelische oder körperliche Folgen zurückbleiben“.

Wer in der Pädagogik oder auch in der emanzipatorischen Hilfe kann also etwas dagegen einzuwenden haben, mit diesem Wissen Menschen darin zu unterstützen, wieder selbstbestimmte Akteure ihres Lebens und damit auch politisch Handelnde zu werden? Selbstbemächtigungs-

ansätze in der Pädagogik und Hilfe-zur-Selbsthilfe-Konzepte haben doch genau dies im Sinn. Nachdem manche 68er-Radikal-Pädagogik nur auf die Verhältnisse und ihre revolutionäre Umwandlung fokussierte und auch linke Entwicklungsansätze allzu einseitig auf Gesellschaftsveränderung setzten, ist eine emanzipatorische Pädagogik und Hilfe, die auf Selbstbemächtigung zielt auch ein Lernen aus eigenen Fehlern. Dass daraus ein „dogmatisches Verdikt einer positiven Pädagogik“ werden könnte, so die Kritik von von Freyberg, war nicht zu ahnen. Diese verweigere jede Rede von „Defiziten, Störungen und mangelnden Ressourcen“ und lasse sich bequem zur ideologischen Legitimation schlechter Verhältnisse sowie der Leugnung und Verharmlosung dessen, was sie anrichten, missbrauchen. Daraus entstehe eine Kette struktureller Verantwortungslosigkeit, die am Ende allein die Kinder und ihre Familien für die Nutzung oder fehlgeschlagene Nutzung ihrer Ressourcen und Resilienzen verantwortlich macht.

## Haltung ohne Hybris

Sich der Paradoxien, denen sich Pädagogen, Therapeutinnen und Therapeuten, aber auch andere helfende Berufe ausgesetzt sehen, bewusst sein, könnte ein Weg zu einer politischen Haltung der Professionellen sein, ohne sich der eigenen Handlungsmöglichkeiten zu berauben. Es blieb dem Klagenfurter Psychotherapeuten Klaus Ottomeyer vorbehalten, Hinweise zu liefern, wie das gehen könnte. Zum einen verwies er auf den früh verstorbenen Sozialpsychologen Peter Brückner, der davon sprach, dass jeder Mensch immer wieder eine Balance „zwischen Widerstand und Anpassung“ finden müsse. Ottomeyer präsentierte Zeichnungen einer afghanischen Patientin, die er im Rahmen seiner Arbeit mit Flüchtlingen betreut. Auf den Bildern setzt sich die Frau mit ihrer Geschichte aus

Krieg und Verfolgung immer wieder ins Verhältnis zu ihrer Umwelt und zeigt damit eine individuelle Stärke, für die „Resilienz“ und „Ressource“ blasse Etiketten sind. Eines der Bilder heißt „Glück“. Man sieht einen Mann und eine Frau, eingerahmt von unzähligen schwarzen Kreuzen und schwarzen Wellen, die zu zerschellen scheinen an den vielfarbigen Sternen und dem wasserblauen Grund, die das Paar umgeben, das in der Mitte einem Kind gleich eine Kerze hält. Ein weiteres Bild zeigt ein gefährlich schiefes Boot, in dem alle zu kentern drohen. Die Patientin nennt das Bild „die Pension“. Es bezieht sich auf ihr Leben in der Flüchtlingsunterkunft in Klagenfurt und ihre erniedrigenden Erfahrungen mit den Behörden. Immer wenn die Afghanin mit der Leiterin der Klagenfurter Behörde für

Flüchtlinge sprach, so Ottomeyer, habe sie sich gefühlt, als würde die Beamtin die Asche ihrer Zigarette über ihrem Kopf abklopfen. Auch das zeigt das Bild.

### Rankings statt Fallgeschichten

Ottomeyer hatte seinen Beitrag mit der großen Frage eröffnet, wie der Neoliberalismus in die Psychotherapie gekommen ist. Die Therapeuten sähen sich einer Forderung nach permanenter Effizienzsteigerung ausgesetzt, Ranking und Evaluationsmechanismen seien die Instrumente von Vermessung und Selbstvermessung. Die Fallgeschichte stehe an letzter Stelle. Statt Methodenhype müsse man doch für jeden Pati-



Mark Neocleous

### BEREITSCHAFTSMASCHINEN

Wir sind dabei, Bereitschaftsmaschinen zu werden. Eine Bereitschaftsmaschine zu sein, macht uns in den Augen des Staates zu einem guten Bürger. Jederzeit in Bereitschaft versetzt, verlieren wir die Fähigkeit, uns eine andere Zukunft als die des plötzlichen Angriffs vorzustellen, auf den wir uns vorzubereiten haben. Die Resilienz ist der Mechanismus, der unsere politische Einbildungskraft überwacht und zu kolonisieren versucht. Deshalb wird unsere Subjektivität zum Resilienztraining verpflichtet, als einer Technologie des Selbst, die den ultimativen Traum der Polizei verwirklicht, jede mögliche Alternative auszuschließen.

Unsere Verunsicherung als Subjekte, als Arbeiter, als Bürger wird damit einer Struktur der permanenten Selbstüberwachung unterstellt. Wir dürfen die Bereitschaftsmaschinerie nicht in Frage stellen. So recycelt unsere Resilienz das vom Kapital verursachte Leiden zugunsten des Kapitals: Wir sollen uns die Zukunft als Katastrophe vorstellen, um für das gerüstet zu sein, was das Kapital uns abverlangt.

enten und jede Patientin die Psychotherapie neu erfinden. Die Bilder seiner afghanischen Patientin, die sich und ihre Familie durch Flucht selbst gerettet hat und in Klagenfurt auf ein verzweigtes Netz von Unterstützerinnen und Unterstützern gegen die Behörden stieß, waren so Ausdruck von Widerstand und zugleich von den Möglichkeiten therapeutischer Hilfe. Ottomeyers Verdienst war es, auch die eigenen persönlichen Grenzen aufzuzeigen. Er habe mit einem syrischen Patienten, dem es sehr schlecht ging, eine Übung machen wollen, sich einen „sicheren Ort“ zu imaginieren. Wie er das tun solle, habe der Patient ihn verzweifelt gefragt, wenn er wüsste, dass seine Kinder in Syrien eingekesselt vom Hungertod bedroht seien? „Mein Fehler“, sagte Ottomeyer offenerherzig. Eine mögliche Haltung wurde hier offenbar. Im medico-Diskurs heißt sie: „Hilfe verteidigen, kritisieren, überwinden.“ Vielleicht ist diese kritische und selbstkritische Haltung auch eine Stütze gegen die Verführung, die das Resilienzkonzept mit seiner vermeintlichen Anerkennung für pädagogische und therapeutische Professionelle darstellt.

### Ende der Nachhaltigkeit

Während in Pädagogik und Psychotherapie die Grenzen zwischen sinnvollen Ansätzen und Legitimation bestehender Spaltungen verschwimmen, ist der Resilienzdiskurs in der Ökologie und in der Sicherheitspolitik tatsächlich gleichbedeutend mit einer Zeitenwende. Diana Hummel vom Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung stellte in ihrem Vortrag ausführlich dar, wie das normative Leitbild der Nachhaltigkeit durch das physikalische Konzept der Resilienz ersetzt wurde. Es gehe nur noch um das Management von Störungen statt um Machtfragen. Man versuche sozialökologische Systeme in ihrer Robustheit gegenüber Störungen zu stärken. Gesell-

schaftliche Konflikte und Aushandlungsprozesse hätten darin keinen Platz. In der Umweltfrage sei Resilienz gleichbedeutend mit einer Strategie zur Konfliktvermeidung. Die Unterschiede zeigte sie einleuchtend an zwei Konzepten: Der resilienten Stadt, die Anpassungsstrategien an ökologische Herausforderungen entwickelt, steht die klimagerechte Stadt gegenüber, die sich ihrer „Klimaschulden“ – ein Wort aus der neuen päpstlichen Enzyklika – gegenüber dem Süden bewusst ist. Insbesondere in der Ökologie, forderte Hummel, müsse man von Gerechtigkeit anstatt von Resilienz reden.

Während ihr zurückhaltender, aber in der Sache deutlicher Beitrag noch nicht für Unruhe sorgte, warf Marc Neocleous die Systemfrage auf, was mehr als Erstaunen hervorrief. Auf den Londoner Professor für Kritik der Politischen Ökonomie waren die Symposiumsorganisatoren wegen eines im Internet publizierten Artikels mit dem guten, leider nur auf englisch funktionierenden Titel „Resisting Resilience“ (auf Deutsch: Der Resilienz widerstehen bzw. Widerstand leisten) gestoßen. In seinem Vortrag wies er nach, dass der Aufstieg des Resilienzdiskurses eng mit der Sicherheitsproblematik verknüpft ist. „Die Sprache der Resilienz bereitet uns auf den Krieg gegen den Terror vor“, so Neocleous. Sie schaffe eine Kultur des Vorbereitetseins auf die Katastrophe und versetze so die Imagination in einen Ausnahmezustand der Gefahrenabwehr. Politisch gebe es keine andere Idee mehr als die Katastrophe und damit sei „Resilienz die Polizei der politischen Imagination“. Neocleous sah darin nicht nur eine Form der Selbstoptimierung, sondern auch der Selbstüberwachung. Alternativen würden damit abgeschafft. In Erwartung kommender Katastrophen würde man gar nicht mehr über sie nachdenken. Ein perfektes Konzept, um „politischen Kampf zu vermeiden“. Durchaus ähnliche Überlegungen hatte der israelische Psychotherapeut José

Brunner vor etwa einem Jahr bei der medico-Ringvorlesung „Umkämpfte Psyche“ vorgestellt.

Hier schließt sich der Kreis. Denn Neocleous verwies auch darauf, dass Resilienz als Teil der neoliberalen Ethik „Rassismus statt Klassenkampf“ sei. So bekommt die Griechenland-Debatte in Deutschland mit ihren von Margarita Tsomou beschriebenen Auswüchsen noch ein monströseres Gesicht. Man kann es machen wie Neocleous, der am Ende seines Beitrages von der notwendigen Revolution sprach. Man kann aber auch den gerade verstorbenen Liedermacher Walter Mossmann zitieren, um dieser Form des Resilienzdiskurses, den Garaus zu machen: „Bleib erschütterbar und widerstehe.“

Alle Beiträge des Stiftungssymposiums sind in einer Videodokumentation aufgezeichnet unter [www.medico.de/symposium](http://www.medico.de/symposium)



„Inseln der Vernunft schaffen“ – so lautet der Titel der neuen Broschüre der medico-Stiftung. Für den Aufbau der Stiftung haben sich in den letzten zehn Jahren rund 180 medico-Stifter und Stifterinnen engagiert. Mit ihren Zustiftungen haben Sie das Stiftungsvermögen aufgebaut, das nun mit seinen jährlichen Erträgen hilft, die Unabhängigkeit von medico zu sichern.

Mehr zu den Zielen der Stiftung, ihren Förderschwerpunkten, ihrer Struktur und den Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie in der neuen Broschüre, zu bestellen auf [www.stiftung-medico.de](http://www.stiftung-medico.de)

Wenn Sie Fragen zur Stiftung haben oder deren Arbeit unterstützen möchten, setzen Sie sich bitte mit Gudrun Kortas in Verbindung. Tel. (069) 944 38-28 oder [kortas@stiftung-medico.de](mailto:kortas@stiftung-medico.de)



Eine Afghanin zeichnet ihre erniedrigende Begegnung mit einer österreichischen Behörden-Votreterin: „Es ist, als ob sie die Asche ihrer Zigarette auf meinem Kopf abklopft.“





Usche Merk ist bei medico Projektkoordinatorin für psychosoziale Arbeit.

## KRISE ALS NORMALZUSTAND

### Resilienz in Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe. Von Usche Merk

Durch die Zunahme von Katastrophen, Krisen und Fluchtbewegungen gerät das humanitäre Hilfesystem unter Druck. Seit dem Hyogo Framework 2005 gewinnt die Katastrophenvorsorge als eigenständiger Interventionsbereich an Umfang und Bedeutung. Folgende Dynamik lässt sich seither beobachten: Da von einer Zunahme an Katastrophen ausgegangen wird, ohne dass sich die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe wesentlich erhöhen, wird nach Strategien zur Kostensenkung gesucht. Gleichzeitig wird Katastrophenhilfe zu einem neuen Geschäftsfeld der Privatwirtschaft, die nicht nur Dienstleistungen und Technologien verkaufen will, sondern Unsicherheit und Krisen als Quelle neuer Wachstumsmöglichkeiten sieht. In diesem Kontext wird seit ungefähr 2010 Resilienz zur zentralen Kategorie. Alle großen Akteure entwickeln Konzepte zur Resilienzförderung, damit es nach der Katastrophe „rasch“ wieder weitergeht. Das BMZ beschreibt das so: „Resilienz ist die Fähigkeit von Menschen und Institutionen, akute Schocks oder chronische Belastungen aufgrund von fragilen Situationen, Krisen, gewaltsamen Konflikten und extremen Naturereignissen zu bewältigen, sich anzupassen und sich rasch zu erholen, ohne mittel- und längerfristige Lebensperspektiven zu gefährden.“

Wie attraktiv Resilienz auch für philanthropkapitalistische Akteure ist, zeigt die neueste Publikation der Präsidentin der Rockefeller Foundation, Judith Rodin, die über die „Resilienzdividende“ spricht, über „stark sein in einer Welt, in der die Dinge schief gehen“. Was sie damit meint, zeigt das neue Rockefeller-Engagement für „resiliente Gesundheitssysteme“ im Kontext der Ebolakrise in Westafrika unter dem Titel „Crisis is the new normal“, das auf der Tagesordnung der letzten WHO-Versammlung stand. Was bedeutet es, wenn von „resilienten“ Gesundheitssystemen die Rede ist, von Epidemieüberwachungssystemen – und nicht von öffentlichen Systemen, die das Recht auf Gesundheit für alle garantieren? Geht es darum, Krisen nicht mehr zu verhindern, sondern nur noch darum, sie zu managen und zu kontrollieren? Werden Krisen zum neuen Geschäftsmodell, in denen von einer „Resilienzdividende“ profitiert wird?

# medico aktiv

## Konfliktvermeidung

Die Auseinandersetzung um Breaking the Silence in Köln

Die Entscheidung des Kölner Bürgermeisters Jürgen Roters (SPD), die lange geplante Ausstellung von medico-Partner Breaking the Silence aufgrund offiziellen israelischen Drucks abzusagen, könnte in die Annalen gescheiterter Krisen-PR eingehen. Statt einen Konflikt zu vermeiden – in dem Fall mit der israelischen Botschaft – hat er nun schlechte Presse. Der Oberbürgermeister knickte vor dem ersten Gegenwind ein, schrieb die Süddeutsche Zeitung. Der israelische Historiker Moshe Zimmermann sprach sogar von einer „haarsträubenden Kapitulation Kölns“. Es ist kein gutes Zeichen für die deutsch-israelische Freundschaft, wenn man der rechtsgerichteten Regierung in Israel in dem undemokratischen Kurs folgt, eigene Kritiker wie Breaking the Silence mundtot zu machen. Bei medico liefen nach Bekanntwerden der Nachricht die Telefone heiß. Schließlich hatten wir gemeinsam mit Misereor, Brot für die Welt und dem Willy-Brandt-Haus in Berlin die Ausstellung in der Fassung von 2012 gezeigt. Galeristen und Kirchen in der Domstadt erklär-



Foto: Breaking the Silence

ten sich bereit einzuspringen, um das Zeigen der Ausstellung doch noch zu ermöglichen. Für alle, die die Arbeit der israelischen Organisation Breaking the Silence noch nicht kennen und sich virtuell den Rundgang durch die Besatzungsrealität anschauen wollen, hier ein Link zur Ausstellung von 2012: [www.medico.de/bts](http://www.medico.de/bts)

Übrigens eröffnete 2012 die Ausstellung Barbara Hendricks. Heute ist sie Bundesumweltministerin. Ihrem politischen Aufstieg hat die Ausstellungseröffnung nicht geschadet.

## Gegengipfel

G7 in Elmau, medico beim Alternativkongress in München

Alle paar Jahre wieder. Im Jahr 2007 war Deutschland das letzte Mal Gastgeber des G7/G8-Treffens. Schon in Heiligendamm stellte das Staatschef-Stelldichein fest, dass der globale Hunger eines der dringlichsten Probleme sei. Dabei wäre es für die Politiker ein leichtes gewesen, die Börsenspekulation auf Nahrungsmittel zu ändern und damit schlicht Leben zu retten. Allein sie wollen es nicht. Auf dem Münchner Alternativforum 2015 verweigerten sich die Rednerinnen und Redner denn auch der Logik, es gäbe keine Auswege aus dem Status quo der G7. Die Workshops zur Kritik an der globalen Gesundheitspolitik etwa legten offen, in welchem instrumentellen

Sinne die Kanzlerin auf Schloss Elmau vom Menschenrecht auf Gesundheit sprach. Der technisch-medizinische Ansatz der G7-Gesundheitspolitik, der die Kommerzialisierung von Gesundheit vorantreibt und der negiert, dass die Zerstörung von Lebensgrundlagen, Vertreibung und Ausbeutung krank machen, muss öffentlich kritisiert werden – damit Alternativen denkbar werden und wir einen Begriff entwickeln können von dem, was soziales Eigentum bedeuten kann. Denn erst durch die katastrophale Destabilisierung von Gesundheitssystemen wurde beispielsweise Ebola zur tödlichen Epidemie. Gut, dass medico beim Gegengipfel dabei war, Teil dieser alternativen Denkversammlung war, die das New Normal nicht normal findet. Denn wenn wir den krisenhaften Zustand der Welt als normal akzeptieren würden, hätten wir verloren.

## Relaunch

Neue medico-Webseite

Das Internet wird zur Hauptinformationsquelle von immer mehr Menschen: Auf Facebook werden Nachrichten gelesen, Blogs ersetzen Leitartikel, youtube wird als Suchmaschine genutzt und über Twitter verbreiten sich Informationen schneller als Printmedien lieb sein kann. In Zeiten wachsender Unübersichtlichkeit im Internet (und in der Welt) sollen die Online-Auftritte von medico ein Orientierungspunkt sein, neue Perspektiven eröffnen, Debatten anstoßen und Hintergrundinformationen liefern. Dafür schreiben medico-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter Blog-Beiträge zu aktuellen Themen, kritisieren ziellose Hilfe nach dem Erdbeben in Nepal, analysieren xenophobe Gewalt in Südafrika, beschreiben die aufgeheizte Stim-

mung in Guatemala und twittern bei Reisen wie aus Kobane. Mit Dossiers auf der neu gestalteten Homepage bündelt die Online-Redaktion Reportagen, Interviews und Hintergrundinformationen zu Ebola und Resilienz, zum Beyond-Aid-Diskurs und zum Nahostkonflikt. Um Gegenperspektiven und -informationen auch auf den stark genutzten Sozialen Netzwerken anzubieten, ist medico auf Facebook, dem alternativen Netzwerk Diaspora und Twitter präsent. Unsere Facebook-Seite ist übrigens erreichbar, ohne bei Facebook angemeldet zu sein. Folgen Sie uns und erfahren Sie mehr.

[www.medico.de](http://www.medico.de)

[www.medico.de/blog](http://www.medico.de/blog)

[www.facebook.com/medicointernational](https://www.facebook.com/medicointernational)

<https://diasp.org/u/medico>

[twitter.com/nothilfe](https://twitter.com/nothilfe)



1



2



3



4



5



6



7



8

## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter [www.medico.de/material](http://www.medico.de/material) finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.**

**Materialliste:****1 Stiftung medico international**

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

**2 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft**

[24 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inklusive weiterführender Adressen.

**3 medico-Jahresbericht 2014**

[44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht

**4 Hilfe im Handgemenge**

[Faltblatt] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

**5 medico-Kampagne #untragbar**

Kampagnenmaterial: Plakat, Flyer und eine pfiffige Sprüh-schablone, mit der Sie ihren eigenen Punkt setzen können. Kostenlos bestellen unter: [www.medico.de/material](http://www.medico.de/material).

**6 medico-Kampagne Tödliche Textilfabriken**

Solidarisieren Sie sich! Gemeinsam mit den großen deutschen Gewerkschaften ruft medico zu Solidarität mit den Arbeiterinnen und Arbeitern der globalisierten Textilindustrie und ihren Familien auf: Für die Finanzierung eines Opferfonds, für die Unterstützung der Klage und für den Ankauf eines Gewerkschaftshauses in Karatschi. Bestellen Sie jetzt Flyer und Plakate, um die konkrete Unterstützung, die medico leistet, bekannt zu machen.

**7 Stichwort Israel/Palästina**

[20 S. DIN A5] Partnerportraits und exemplarische Beispiele der medico-Projektarbeit in Israel und Palästina, verbunden mit einer Postkarte zum Weiterschicken.

**8 Umkämpfte Psyche**

[Faltblatt] In Zeiten des globalen Kapitalismus gerät die therapeutische und psychosoziale Arbeit unter den Druck von Standardisierung und Effizienzdenken. Eine Handreichung zu einer anderen emanzipatorischen Haltung und Praxis. Natürlich kostenlos.

**Ich bestelle:**

- \_\_\_\_\_ Broschüre: stiftung medico international  
 \_\_\_\_\_ Broschüre zu Testament und Erbschaft medico-Jahresbericht 2014  
 \_\_\_\_\_ Faltblatt: Hilfe im Handgemenge  
 \_\_\_\_\_ Kampagnenflyer #untragbar  
 \_\_\_\_\_ Kampagnenflyer Tödliche Textilfabriken medico Stichwort: Israel/Palästina  
 \_\_\_\_\_ Faltblatt: Umkämpfte Psyche  
 \_\_\_\_\_ Abonnement medico-Rundschreiben vier Hefte/Jahr

Anzahl

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_

Meine Spendennummer \_\_\_\_\_

**Ich möchte:**

- kostenlose Materialien bestellen  
 dass einmalig für diese Bestellung eine  
 Spende in Höhe von \_\_\_\_\_ € von  
 meinem Bankkonto abgebucht wird.

IBAN/KTO \_\_\_\_\_

BANK \_\_\_\_\_

BIC/BLZ \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an

medico international

Burgstraße 106

D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an (069) 43 60 02



# Spendeninformation

**Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.**

**Spenden und Schenken** – Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte. Nutzen Sie auch Anlässe wie Geburtstage, Hochzeiten und andere Feste und unterstützen Sie medico! Sie können selbst eine Spende verschenken oder sich Spenden statt Geschenken wünschen.

**Fördermitgliedschaft** – Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, lang-

fristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Arbeit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

**Spendenquittung** – medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

**Spendenkonto** – medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, BIC: HELADEF1822, IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00



**Zustiftungen** – Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

**Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.**

## Marek Arlt und Hendrik Specken

Allgemeine Anfragen, auch Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden zu einem Jubiläum, Geburtstag, Trauerfall o.ä.  
Tel.: [069] 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

## Gudrun Kortas

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte, Zustiftungen oder Testamentsspenden,  
Tel.: [069] 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

**Eine Bitte:** Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, unter Nennung Ihrer alten Anschrift. So bleiben wir in Verbindung.

**Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.**

[www.medico.de/spenden](http://www.medico.de/spenden)

## Impressum

**Herausgeber:**  
medico international  
Burgstraße 106  
D-60389 Frankfurt am Main  
Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002  
E-Mail: info@medico.de  
Homepage: [www.medico.de](http://www.medico.de)

**Redaktion:** Katja Maurer (verantwortl.),  
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp, Christian Sälzer  
**Korrektorat:** Marek Arlt  
**Gestaltung und Satz:** Andrea Schuldt

**Hinweis:** Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

# medico-Kampagne

## Tödliche Textilfabriken

Wie macht man 1.127 Tote und 2.438 Verletzte produktiv? Man zahlt den 650. Teil des eigenen Jahresumsatzes als Abfindung und macht die Hinterbliebenen zu Bittstellern. Dann tritt man einem Bündnis für „nachhaltige Textilien“ bei, das lässt man alle wissen – und macht einfach weiter wie vorher. So entsteht auch ein moralischer Wettbewerbsvorteil. Nicht mit uns, und nicht mit unseren

Partnern in den südasiatischen Textilfabriken. Wir klagen gegen Discounter KiK. Mehr unter: [www.medico.de/blog](http://www.medico.de/blog)

Und wir sind weiter aktiv. Gemeinsam mit den großen deutschen Gewerkschaften. Bestellen Sie jetzt Flyer und Plakate, um die konkrete Unterstützung bekannt zu machen, andere zum mitmachen zu gewinnen.



Kampagnenmaterial kostenlos zu bestellen unter [www.medico.de/material](http://www.medico.de/material)

Hilfe, die Not und Unfreiheit nur abfedert, trägt dazu bei, ausgerechnet jene gesellschaftlichen Verhältnisse zu stabilisieren, die Bedürftigkeit immer wieder aufs Neue entstehen lassen.

Aus dem Jahresbericht



**NEU: Jahresbericht 2014. Die medico-Gesamtschau.**

Nothilfe: Zerstörung und Zermürbung im Gazastreifen. Gesundheit: Netzwerkarbeit für das Recht auf Gesundheit. Menschenrechte: Die Folgen der Ebola-Epidemie. Psychosoziales: Versöhnung von unten in Afghanistan. medico vor Ort: Alle weltweiten Partner und Projekte. Transparenz: detaillierter Finanzbericht u.v.m.

44 Seiten, kostenlos. Tel. [069] 944 38-0, [info@medico.de](mailto:info@medico.de)



medico international